

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Öffnung von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht. W. 3.- vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, anlässlich der Reichstags- und Landtags-Sitzungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstellen des „Tagblatt-Haus“, sowie die Buchhändler in allen Teilen des Reichs; in Preußen: die Buchhändler in den benachbarten Provinzen und im Rheinlande die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pf. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1.- für lokale Anzeigen; 2.- für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, viertel und weitere Teile, nach beiderseitiger Vereinbarung. Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlicher Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Abkatt.

Anzeigen-Kategorie: Für die Rheinl.-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 36, Fernspr.: Amt N 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Donnerstag, 7. Mai 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 211. • 62. Jahrgang.

Die Kommission zur Prüfung der Rüstungsforderungen.

Von Rechtsanwalt Theodor Liebsch, N. d. R.

Jüngst erschien in einem süddeutschen Witzblatt ein Bild, auf dem die Mitglieder dieser Kommission, oder wie sie im gewöhnlichen Sprachgebrauch abgekürzt heißt, „der Rüstungskommission“, in schlafender Stellung ruhen. Und in der Tat könnte es in der Öffentlichkeit scheinen, als ob diese Kommission, wie manche andere Kommissionen vor ihr, ein stilles Grab für die ihr überwiesenen Aufgaben zu bilden bestimmt wäre. Und doch trägt dieser Schein. Allerdings sind die Verhandlungen der Kommission zunächst vertraulich und es kann deshalb über ihren Inhalt außer dem angegebenen offiziellen Bericht nichts in die Öffentlichkeit gebracht werden. Aber der Zweck der Kommission und der bisherige Gang ihrer Verhandlungen weisen darauf hin, daß ihr Ziel langsam aber sicher erreicht wird, wenn auch in anderer Weise als dies manche anzunehmen scheinen.

Zunächst ist daran zu erinnern, daß, als im April 1913 der Abgeordnete Dr. Liebsch im deutschen Reichstag den Vorwurf erhob, daß der Firma Krupp militärische Geheimnisse infolge von Beamtenbestechung ausgeliefert worden seien und gleichzeitig einen an die Adresse des „Figaro“ gerichteten Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken verlas, die Budgetkommission den Antrag stellte, „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichsheer und Marine eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstags und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Herr Reichskanzler wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Beseitigung etwaiger Mängel mitzuteilen.“ Bei der Verhandlung über diesen Antrag im Reichstag vom 23. April 1913 wurde ein Antrag, der Kommission das Recht zu erteilen, Zeugen- und Sachverständigenvernehmung zu veranlassen, abgelehnt und der Antrag der Budgetkommission angenommen. Bei der Beratung wurde ausdrücklich betont, daß die gesamten Rüstungslieferungen von Heer und Marine insbesondere auf ihre Wirtschaftlichkeit hin geprüft werden sollen. Schon damals wurde darauf hingewiesen, daß diese Kommission selbstverständlich nicht neben dem Klerum des Reichstags ihre Sitzungen halten könne, sondern nur während der Pausen. Da der Kommission ausdrücklich das Recht, richterliche Funktionen in der Kruppangelegenheit ausüben, verweigert war, so mußte selbstverständlich zunächst das Ergebnis der bei den Militär- und Zivilstratgerichten anhängigen Krupp-Prozesse abgewartet werden. So konnte die Kommission erst im November 1913 berufen werden. Die Tagung des Reichstags vor Weihnachten 1913 verhinderte weitere Sitzungen und, da der Reichstag im Jahre 1914 schon am 13. Januar wieder zusammentrat und erst am 28. März in Ferien ging, so konnten nur zwei Sitzungen Anfangs Januar abgehalten werden. Damals wurde die Frage des

Briefs der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, der gar nie an die Adresse des „Figaro“ abgegangen war, unter Zuziehung der Beteiligten erörtert und geklärt. Dann aber ging die Kommission an die überaus schwierige Aufgabe, die Wirtschaftlichkeit des gesamten Lieferungsbetriebs von Heer und Marine zu prüfen. Wie wichtig war es, in der Kommission zwischen Mitgliedern des Reichstags und Vertretern von Handel und Industrie die schwierige Frage zu erörtern, ob für das Reich die Herstellung in staatseigenen Betrieben der Bestellung bei privaten Betrieben vorzuziehen sei. Eine Hauptrolle spielte hierbei die Frage, wie in Staatsbetrieben die Generalunkosten zu berechnen seien. Daß sich hierbei wesentlich verschiedene Berechnungsarten zwischen den Vertretern der Staatsbetriebe und der Privatindustrie ergaben, war eigentlich selbstverständlich. Denn schon in Privatbetrieben, deren Endzweck doch die Erzielung eines Gewinns ist, sind die Generalunkosten selbstverständlich außerordentlich verschieden, wie viel weniger ist ihre Berechnung geklärt bei den Staatsbetrieben, die eine eigentliche Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung gar nicht kennen. Die Rüstungslieferungen verteilen sich aber auf die aller verschiedensten Wirtschaftszweige. Von den Lieferungen von Artillerie- und Handfeuerwaffen sowie Munition, Kohlen, Eisen geht es zum Bekleidungs- und Verpflegungswesen, zum Ankauf von Pferden und Futtermitteln, zum Bau von Festungen und Kasernen, zum Bau von Schiffen und zu deren Armierung. Während bei der Waffen-, Munitions- und Kohlenlieferung, beim Festungs- und Schiffbau und der Armierung der Schiffe in der Hauptsache die Großindustrie mit teilweise monopolartigem Charakter allein zugezogen werden kann, soweit nicht Herstellung in staatseigenen Betrieben (Spandau, Rappin u. a. und die Werften) erfolgt, überwiegt bei nahezu allen anderen Lieferungen das Interesse, auch kleinere Betriebe, sei es auf industriellem, sei es auf landwirtschaftlichem Gebiet, heranzuziehen. Sämtlicher besteht ein heftiger Interessengegensatz zwischen größeren und kleineren Betrieben, alle Formen des genossenschaftlichen Zusammenklusses treten in Verwendung. Während der Reichstag bei den Artillerie- und Handfeuerwaffen und den Panzerplatten stets die zu hohen Preise und damit den zu großen Nutzen der Monopolfirmen beklagte und Ausdehnung des Staatsbetriebs gewünscht hatte, hat er umgekehrt bei anderen Lieferungen sein Augenmerk auf eine Verteilung unter möglichst viele kleine Unternehmer zu angemessenen Preisen und Einschränkung staatlicher Betriebe gerichtet. Er hat auch stets die Verdrängung der Arbeiter z. B. durch Einschränkung der Verwendung von Ökonomiehandwerkern verlangt.

Die Aufgabe, alle diese Gesichtspunkte, die außerordentliche Verschiedenheit der Art der Vergabungen nach ihrer Wirtschaftlichkeit zu prüfen, ist eine überaus schwere und verantwortungsvolle. Kommen doch auch ungeheure Summen hierbei in Betracht. Es sollen hier nur einzelne Etatsposten aus den jährlichen Ausgaben, bei denen es sich meist um reine Lieferungen handelt, herausgegriffen sein:

Die Beschaffung der Munition für das Heer erfordert jährlich über 53 Millionen Mark, für die Marine über 13½ Millionen Mark. Für die Mundverpflegung des Heeres mit Ausnahme des bayerischen werden jährlich über 112 Millionen Mark ausgeben. Die Beschaffung von Naturalien für Mannschaften und Pferde (Weizen, Roggen, Hafer, Stroh und Heu) kostet 103 Millionen Mark. Die Zubereitung des Brots über 13 Millionen Mark. Der Preis für die Lieferung von Tuch, Leinen und Baumwollstoffen beträgt jährlich 17 Millionen Mark, die Abfindung der Truppen für den gewöhnlichen Verbrauch an Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständen 29 Millionen Mark. Die Heizung und Beleuchtung der Heeresgarnisonsgebäude erfordert jährlich 18 Millionen Mark, der Ankauf der Remontepferde 19,4 Millionen Mark. Bei der Flotte wird für die Schiffsverpflegung 16½ Millionen Mark, für die Bekleidung der Mannschaften über 7 Millionen Mark verbraucht. Der Bedarf an Kohlen und Maschinenbetriebsmaterialien wird mit nahezu 39 Millionen Mark gedeckt, der allgemeine staatliche Werftbetrieb erfordert dagegen über 33 Millionen Mark. Zu diesen nur beispielsweise angeführten jährlich wiederkehrenden Ausgaben kommen im Jahr 1914 einmalige Ausgaben in der Hauptsache für Festungs-, Kasernen- und Schiffsbauten beim Heer in Höhe von 365 Millionen Mark, bei der Flotte im Betrag von nahezu 258 Millionen Mark. Um nun bei dieser Fülle und Verschiedenartigkeit der Lieferungen, insbesondere auch in der Mannigfaltigkeit der zu erfüllenden wirtschaftlichen Zwecke, die Arbeiten der Kommission nicht ins Uferlose zerpluttern zu lassen, einigte man sich dahin, die Lieferungen nach einzelnen Ressorts einzuteilen. Es wurde dann für jedes besondere Ressort ein Bericht erstattet aus der Mitte der Kommission aufgestellt, der die Aufgabe hat, an der Hand von Beispielen die Vergabungsart von Arbeiten und Lieferungen in diesem Ressort zu erläutern, sie auf ihre Zweckmäßigkeit einerseits im Interesse der Tüchtigkeit von Heer und Flotte, wie der Finanzen des Reichs andererseits für die Erwerbsfreie des deutschen Volkes zu prüfen, besonders auch zu untersuchen, ob die Möglichkeit von Unregelmäßigkeiten bei der Vergabung ausgeschlossen sei. Es wurden Referenten aufgestellt für das Handbewaffnungswesen und die dazu gehörige Munitionslieferung, dann für die Bewaffung und Munition für Feld- und Fußartillerie sowie Marinegeschütze, weiter für Schiffbau und Schiffarmierung, dann für die Mundverpflegung, weiter für die Bekleidungs- und Ausrüstungslieferungen, ferner für Lieferung von Kohlen, Eisen und andere Treibmaterialien, dann für Sanitätsmaterial, ein weiterer für Remonteaufbau, ein weiterer für Aufbau von Grundstücken, ein solcher für Garnisonsbauten, dann noch für Fortifikationen und Docks. Die Reichsbehörden wurden angewiesen, den Referenten das von diesen gewünschte Material zu beschaffen und ihnen jede dienliche Auskunft zu gewähren. Da die Referenten zur Hälfte aus der Reihe der der Kommission angehörigen zwölf Reichstagsmitglieder gewonnen wurden, so lag es auf der Hand, daß es diesen Mitgliedern, die größtenteils auch gleichzeitig Mit-

Entartung der modernen Lyrik.

Von Professor Dr. E. Neumann.

Das Suchen nach neuen Ausdrucksmitteln zeigt sich besonders deutlich in der modernen Lyrik, zum Teil auch in Romanen; die Lyrik ist geradezu gekennzeichnet durch den Versuch unserer modernen Dichter, den sprachlichen Ausdruck als solchen zu steigern, um die dichterische Sprache in stärkerer Weise an den Ausdruck des inneren Lebens anzupassen und durch das völlige Mißlingen dieses Versuchs! Der Dichter soll geradezu alles sagen können ohne jede Rücksicht auf die dichterische Form und die Formgehalte. Das Streben, die Ausdrucksmöglichkeiten der dichterischen Sprache zu steigern, ist natürlich durchaus berechtigt, solange dabei überhaupt noch wirkliche Dichtung entsteht, solange dabei noch künstlerische Leistung und wirkliche Vereinerung der Sprache erreicht wird. Ja, sie wäre auf das Lebhafteste zu begrüßen, wenn mit diesem Streben neue dichterische Kunstformen geschaffen würden und die poetische Sprache wieder einmal einen ähnlichen Aufschwung erlebte, wie durch die schöpferische Kraft eines Goethe oder eines Heine. Allein es ist nur wieder ein geistiger Ausdruck der Sprache und noch engerem Anschluß der Sprache an das geistigste Innenleben unserer Zeit in der modernen Dichtung gerade zur radikalen Auflösung aller dichterischen Form und zur Verleugung der elementarsten Sprachgesetze geführt hat.

Da nun der moderne Lyriker nicht immer imstande ist,

wirklich brauchbare Ausdrucksmöglichkeiten zu finden, so entsteht nun teils ein willkürliches Umgehen mit dem Sprachgebrauch, teils ein schablonenhaftes Befolgen gewisser Kunstgriffe und Rezepte, wie die Häufung und Wiederholung der Adjektiva, die Neubildung von Klangmalereien höchst geschmackloser Art, die Erfindung sinnloser Klanggebilde, die nicht mehr an den Sprachgebrauch anknüpfen, teils eine gänzlich formlose Behandlung von Versmaß und Reim, die die Tendenz hat, jeden Gedanken so platt als möglich herauszuplaudern.

Wenn man sich überhaupt die Mühe geben will, die Sprachverfälschung unserer modernen Lyriker einmal genauer zu betrachten, so kann man dabei zwei Klassen von Mißhandlungen unterscheiden: Die eine Art sprachlicher Veränderungen ist relativ harmlos, sie zeigt nur von dem immer mehr verschwindenden Sinn für sprachlichen Stil und grammatische Richtigkeit der Sprache, sie ist zum Teil einfach ein Produkt der Unbildung. Da werden z. B. Worte bevorzugt, wie die „Reizzeit“ (statt Gegenwart, was schon von Schopenhauer getadelt wurde), oder Wörter, wie „völkisch“, „gedanklich“, das „Dämmer“ und das grammatisch unrichtige „diesbezüglich“, oder unschöne Pluralbildungen, wie die „Lüste“, die „Sehnsüchle“, die „Tränenflüchle“, die „Zukunftste“. Geschmacklose Wortzusammenfügungen verraten die sprachliche Hilflosigkeit, wie „torlestrunken“, „Silberflüchle“, „du schmerzhaftes Alles“, „Weltallerbrennen“, „Glutnusteln“, „Schmerzsternstiege“, „Urdwulstgekreise“, „Klammernentflammen“. Ganz besonders beliebt ist auch die falsche Verwendung der Adjektiva, indem optische Eigenschaften den akustischen oder Tastsinn drücken beigelegt werden; oder akustische Eigenschaften werden optischen Gebilden beigelegt. Ein paar Beispiele: Ich lese in einem modernen Roman „Ein die weiße Krähle opazifizierender Schleier“, oder „Ein Glodenrosentag“ und in einem Gedicht: „Die Sonnenstrahlen klangen bei jedem leisen Schritt“; die

kalten Schatten klettern (mir) im Nacken“. In Wahrheit ist das natürlich eine geschmacklose Vermischung verschiedener Bilder, die darum verfehlt ist, weil sie gar keinen einheitlichen Eindruck erzeugt. Am meisten Unfug wird aber mit der Bildung neuer Zeitwörter getrieben: „Es herbstet, es winteret, es somerert, es frühlingt“, oder wir lesen Zeitwörter, wie „geistern“, „sitzen“, „glasten“, „raglastern“ (Beispiele von sinnlosem Wortgeräusch), oder: „begluten“, „lichtern“, „entschimmern“ u. dergl.; in der Analogie von Ernährungsart wird gebildet: „Erfättigung“, in der Analogie von Zukunft wird gebildet: „Reine Fortkunft“ — ein typisches Beispiel für die abscheuliche Vermischung der Bestandteile verschiedener Worte, nämlich von Fortkommen und Zukunft. Die ganze Geisteslosigkeit und Gedankenarmut dieser modernen Lyrik zeigt sich aber in der Verwendung solcher Rezepte, wie der bloßen Wortverdoppelung, z. B. „Mein Auge schweift in fern, ferne Weiten“, oder: „Eine klein, kleine Hand“, oder „Das still, stille Dorf“; das ist geistlos, weil es so billig und süßlich sentimental ist. Alle diese Dinge sind aber noch relativ harmlos; weniger harmlos wird die Sache, wenn das bloße Wortgeräusch an Stelle aller klaren Gedanken und Phantasiebilder und an Stelle aller echten und wahren Stimmung tritt.

Das abschreckende Beispiel für diese Auflösung des künstlerischen Sinnes und für die Verdrängung wirklicher Phantasiearbeit und wirklich erlebter Stimmung haben wir in den Produkten der Charonbewegung, und wie weit die Verwirrung des künstlerischen Urteils gedungen ist, kann man daraus sehen, daß selbst der „Kunstwart“ diese Bewegung ernst genommen hat. Die Begründung, die der „Kunstwart“ dafür gibt, verdient tiefer gebäugt zu werden! Er meint nämlich, an dem „Charon“ müsse doch wohl etwas sein, weil er sich so lange gehalten hat. Wissen die Mitarbeiter des Kunstwart nicht, daß sich die schlimmsten Sorten von Schundromanen noch länger gehalten haben?

*) Diese scharfe Kritik findet sich in dessen soeben erschienenem überaus interessantem Buche „System der Schöpfung“ (144 Seiten, Wissenschaft und Bildung, Bd. 124, Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig), das sich eingehend mit den künstlerischen Bestrebungen der Gegenwart auseinandersetzt.

glieder der Budgetkommission waren, nicht möglich war, ihrer umfangreichen, schwierigen Aufgabe während der Tagung des Reichstags gerecht zu werden. Sie müssen vielmehr die Pause benützen, um das Material, das ihnen nicht bloß von der Regierung geliefert wird, das ihnen vielmehr fast in noch größerem Maß von den Lieferungsinteressenten zugeht, systematisch zu verarbeiten, um der Kommission einen gedruckten Bericht mit etwaigen Verbesserungsvorschlägen vorzulegen. Es zeigt sich auch, daß die Aufgabe der Kommission, bei den Lieferungen für das Reich Ersparnisse zu erzielen, von den Interessenten meist in ganz anderem Sinn verstanden wird. Sie wünschen alle, daß das Reich womöglich höhere Preise als bisher bezahlen soll, teils durch andere Art der Vergebung, teils durch Erleichterung und Änderung der Lieferungsbedingungen. Und es läßt sich nicht bestreiten, daß, soweit der kleine Handel und das Handwerk in Frage kommen, sich diese Absicht mit den bisherigen Absichten des Reichstags teilweise deckt.

Daß bei dieser gründlichen Arbeit noch einige Zeit vergehen wird, bis die Kommission ihre Aufgabe erfüllt hat, liegt auf der Hand. Es erhebt sich nun die Frage nach dem Ergebnis der Arbeiten der Kommission. Wird es zu der vielen aufgewandten Mühe und Arbeit im Verhältnis stehen? Die Frage wird jetzt schon zu bejahen sein. Allerdings werden alle die, die in Verkenntnis der Machtbefugnisse der Kommission und hoffentlich auch der tatsächlichen Verhältnisse unserer staatlichen Lieferungen, teils hoffend, teils fürchtend neue Sensationen im Stil der allerdings in der Wirklichkeit etwas zusammengeschrunkenen Liebesnarrischen Enthüllungen erwarteten, nicht auf ihre Rechnung kommen. Wohl aber wird der Umstand, daß ihre Mitglieder, besonders aber die Berichterstatter, nicht bloß Gelegenheit haben, das amtliche Material kennen zu lernen, sondern auch durch Mitteilungen von Seiten der Lieferanten und ihrer Konkurrenten auf wirkliche und angebliche Mißstände aufmerksam gemacht werden, die Kommission in die Lage versetzen, die gesamten Rüstungslieferungen eingehend zu prüfen unter Berücksichtigung der Sicherheit und der Finanzen des Reichs, aber auch unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit für die Gesamtheit des deutschen Wirtschaftslebens. Eine solche Prüfung war der Budgetkommission bisher nicht möglich. Wohl hat sie hin und wieder einzelne Materien eingehender, aber ohne Zusammenhang behandelt. An der Hand des von der Rüstungskommission an erstattenden Berichts wird aber der Reichstag mehr denn bisher einen Überblick über die Verwendung der enormen, von ihm für Heer und Flotte bewilligten Ausgaben erhalten. Wenn es dann Regierung und Reichstag gelingt, dem Ziel näher zu kommen, die für die Sicherheit des Reichs bewilligten Mittel unter möglicher Schonung der Steuerzahler zu verwenden, sie aber auch möglichst weiten Erwerbskreisen des deutschen Volkes zu gut kommen zu lassen und dabei tunlichst alle Mißbräuche abzuschießen, so wird die Arbeit der Kommission nicht umsonst sein.

Wenn die Öffentlichkeit aber auch in nächster Zukunft nicht so viel von der stillen, aber um so eifrigeren Arbeit der Kommission und ihrer Mitglieder hören wird, so wird man dabei vielleicht sich an das Urteil erinnern, das man gerne über die Frauen fällt: „Die besten Frauen sind die, von denen man am wenigsten spricht.“

Deutsches Reich.

— Über die Krankheit Unpolitik äußert sich Abgeordneter Dr. Raumann in der neuen Nummer der „Hilfe“ in beherzigendsten Worten. Er schildert diejenigen, die sich selbst als unpolitisch bezeichnen, als freiwillige Willkür einer Menschenklasse, denen das Beste versagt ist, was es in der neuen Zeit gibt, das Staatsbürgergefühl. Er schreibt: „In einem gefunden Stamme oder Volke herrscht Gemeinschaftsgefühl. Da ist jeder mitverantwortlich. Da gibt es keine Achtung vor denen, die sich selber den öffentlichen Aufgaben entziehen. Wer politisch krank ist, muß zwar mitgetragen und geduldet werden, aber er bleibt ein Unnormaler, ihm fehlt der Sinn für das Ganze. Bei uns aber trifft man gelegentlich Leute, die gehen über die Straße, als seien sie etwas ganz besonders Feines, weil sie an Unpolitik leiden. Denen soll man wenigstens einmal ordentlich sagen, was von ihnen zu halten ist.“

Man schämt sich, die Druckerschwärze in Anspruch zu nehmen, um zu zeigen, worin die Geschmackslosigkeit, die Stillschweigen und die tabulose Auflösung alles künstlerischen Feingefühls bei dieser Art besteht, und um zu begründen, warum in diesen Gedichten der elementare Rhythmus vorliegt, aber es scheint doch nötig zu sein, wenn Zeitschriften wie der „Kunstwart“ oder „Das literarische Echo“ sich durch das Wortgeklammer und die tragantastische Rhetorik der Charonherren oder durch die süßliche Sentimentalität der Charonbuben blenden lassen.

Die meisten Charongedichte sind würdig, als studentische „Witzgezeiten“ verlesen zu werden; sie passen im besten Falle für die letzten Stadien der Alkoholistimmung. Zum Überflut sind viele unter ihnen schlechte Nachahmungen von Nietzsche's Gedichten seiner letzten Periode. Sie verstoßen gegen die elementare Regel alles künstlerischen Schaffens, daß der Künstler nicht alles sagen soll. In platter Weise sprechen die Dichter dieser Art jeden Gedanken heraus, so, wie er ihnen kommt. Als eine Probe des sinnlosen Wortgeräusels möge hier der Schluß eines Gedichts von Dauber mitgeteilt werden; ob man den Zusammenhang kennt oder nicht, ist gleichgültig; das Wortgeräusel bleibt daselbe:

„Ra, Ra, du kannst rasende Schmerzen erwidern,
Du siehst, dascher, dascher! Es wachst das Geknatter
Verpöchter Brandbrenner. Jetzt wachst das Plätscher,
Dort qualmen die Rachen. Hier schwärzen die Herzen. (1)
Es fallen die qualmestruhenden Blätter.
Und mir greift von unten jetzt jemand am Herzen!“
Unschönheit und Geschmackslosigkeit der Schilderung und Verschönerung der Phantasiebilder weichen hier mit Banalität der Sprache und unwahrem Pathos.

Der von Professor Neumann angeführte Vers kennzeichnet allerdings trefflich genug den geschmack- und sinn-

* Zur Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten schreibt die „Betriebskrankenkassen-Korrespondenz“: In dem allgemeinen Einigungsabkommen zwischen Krankenkassen und Ärzten ist vorgesehen, daß die an den sogenannten Streitorten von auswärts herangezogenen Ärzte abgefunden werden und daß die Kassen und Ärzte je die Hälfte der Kosten tragen. Der Anteil der Kassen soll ausbezahlt werden, indem die Kassen für jedes Mitglied jährlich 5 Pf. an den bei der königlichen Verhandlung geführten Abfindungsfonds zahlen, bis die Kosten gedeckt sind. Die Regierungen, die nachgeordneten Behörden und die Kassenverbände bemühen sich zurzeit, alle Kassen zu veranlassen, den Beitrag zu leisten. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Zahlung eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Abschluß und die Aufrechterhaltung des Abkommens sei, woran alle Kassen ein ernstes Interesse hätten. Alle Kassen würden im Laufe der Zeit vor die Notwendigkeit gestellt, neue Verträge zu schließen oder neue Ärzte anzustellen, was durch das Abkommen wesentlich erleichtert werde. Auch die einem Verbands nicht angeschlossenen Kassen und diejenigen, die sich noch vor Abschluß des Abkommens mit ihren Ärzten geeinigt hätten, kämen für die Bewilligung in Frage. Die Beträge könnten von den Kassen um so unbedenklicher bewilligt werden, als der auf die einzelne Kasse entfallende Teil nicht erheblich sei, auch nicht bei den großen Kassen. Rechtlich sei eine solche Zahlung auch unbedenklich. Man darf wohl annehmen, daß sich alle Kassen bereit finden werden, diesen geringen Friedensbeitrag zu leisten!

Rechtspflege und Verwaltung.

Eine „Deutsche Strafrechts-Zeitung“ beginnt heute im Verlage von Otto Liebmann, Berlin, zu erscheinen. An der Spitze dieses neuen Zentralorgans für das gesamte Strafrecht, Strafprozeßrecht und die verwandten Gebiete in Wissenschaft und Praxis des In- und Auslandes stehen als Herausgeber Geh. Justizrat, Prof. Dr. Dr. Kahl, Regierungsrat Dr. Lindenau, Geh. Justizrat, Prof. Dr. von Böttg. Mittl. Geh. Rat Dr. Lucas, Justizrat Dr. Ramroth, Ministerialrat Dr. Meyer, Oberlandesgerichtspräsident Dr. von Staff, Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. von Tschendorff und Mittl. Geh. Rat, Prof. Dr. Bach, während besondere Spezialberichterstattung gewonnen sind für: Internationales Strafrecht, Kolonialstrafrecht und Auslieferungsrecht. — Militärstrafrecht und Disziplinarstrafrecht. — Polizeiwesen und Verwaltungsstrafrecht. — Kriminalistik, Kriminalpolitik, Kriminal-Anthropologie, Kriminal - Psychologie, Kriminal - Soziologie, Kriminal-Statistik. — Prostitution. — Gerichtliche Medizin und Chemie, Psychiatrie, Irrenrecht. — Jugendstrafrecht und Jugendfürsorge, Besserungs- und Sicherungswesen. — Strafbollung. — Strafrechtliche Nebengebiet. Diese neueste Zeitschrift kann dadurch von vornherein Anspruch erheben, ein durchaus modernes, großzügig geleitetes Organ zu werden. Das erste Heft hat einen Umfang von 160 Seiten. Die maßgebendsten Männer der Wissenschaft und Praxis kommen darin mit meist aktuellen, sich unmittelbar auf die jüngsten Vorgänge beziehenden Arbeiten zum Worte.

Heer und Flotte.

Eine Gedenkfeier der Schlacht bei Helgoland. Am 9. Mai jährte sich zum 50. Male der Tag der Seeschlacht bei Helgoland zwischen dänischen und österreichisch-preussischen Kriegsschiffen, wobei die österreichischen Kriegsschiffe „Schwarzenberg“ und „Machly“ im Vorbergrunde des Kampfes standen und schwere Verluste erlitten. Von den in dieser Seeschlacht Gefallenen sind 37 Tote auf dem Nibbühler Kirchhofe in einem Massengrabe bestattet worden, das ein entsprechendes Denkmal schmückt. Aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr dieses Tages wird von der Marine-Station Cuxhaven eine Gedächtnisfeier veranstaltet, die am 9. Mai um 10 Uhr vormittags in der katholischen Garnisonkirche mit einem Requiem eingeleitet wird, woran sich dann eine Feier auf dem Nibbühler Kirchhofe anschließen wird. An dieser Gedächtnisfeier wird auch der Marineattaché der österreichischen Botschaft in Berlin teilnehmen.

Probefahrtsergebnisse der neuen Kreuzer. „Rostod“ erzielte eine Höchstleistung von 29,21 Knoten im Mittel. Auf einer sechsstündigen Fahrt bei mäßiger Forcierung erreichten „Rostod“ 27,4 und „Karlstraße“ 27,6 Knoten Durchschnittsgeschwindigkeit.

Post und Eisenbahn.

— Eine neue Lohnordnung ist zum 1. April für die sämtlichen nahezu 400 000 Handwerker und Arbeiter der preussisch-hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahn auf ministerielle Anordnung eingeführt worden. Durch die Vereinheitlichung des ganzen Lohnverfahrens sind zahlreiche formelle Vorteile damit verbunden. Leider scheinen diese in vielen Direktionsbezirken wieder dadurch ausgeglichen zu werden, daß die Lohnsätze, deren Festlegung den einzelnen Direktionen nach wie vor überlassen bleibt, bei der beteiligten Arbeiterschaft

losen Stil, in dem viele der modernen Überpoeten „dichten“, um originell um jeden Preis zu sein. Vielleicht auch, weil sie's nicht besser können. Man hat wirklich oft das Gefühl, als verberge sich hinter der gräßlichen Geschwauheit und Verschiedenheit absolute Unfähigkeit. Vor uns liegen wieder ein paar Bändchen Gedichte moderner Dichter, von denen der Verlag behauptet, daß sie der Dichtkunst neue Wege zeigten! Wie die neuen Wege aussehen, mögen die nachstehenden Proben dartun, die wahllos herausgegriffen sind und sich sicher hundertfach vermehren ließen. Einer betet für die Feinde so:

„Allgegenwärtiger! Du in Jahrhunderten undurchwandenes
Labyrinth, umfassend die Unendlichkeit! Singendes Wochen
umflutend der Herzen!
Klammern, entspringend vor Lust der schlafenden Wälder!
Du, dessen Liebe wie brennender Schwefel fällt in die Gärten
der irdischen Liebe!
Wir beten ein Gebet für die Feinde, die im Dämmern des
Lebens uns rufen,
Und für sie, die außer uns gehen, unbekannt in die Ferne
der Erde, des Todes,
Und für jene, die am künftigen Morgen erwarten den Morgen
unseres Gefühls!“

Wer ist imstande, sich ein Bild von der Vorstellung zu machen, die der Verfasser hatte, als er Gott „in Jahrhunderten undurchwandenes Labyrinth“ und „umfassend die Unendlichkeit“ nannte? Ganz abgesehen von dem andern Unsinn, der in diesen paar Strophen blüht.
„Wo du gehst, wird Herbst und Abend,
Wahnsinn, das unter Räumen tönt.
Einsamer Weiber am Abend,
Reife der Flug der Vögel tönt.
Die Schwärze über deinen Augenbogen,
Dein schmales Lächeln tönt.
Gott hat deine Lieder verbogen,
Sterne suchen nachts, Karfreitagstief,
Deinen Sternbogen.“

teilweise große Unzufriedenheiten hervorgerufen haben und daß durch besondere Ausführungsbestimmungen einzelner Direktionen die Vorteile der Lohnordnung ganz wesentlich eingeschränkt worden sind. Um so erfolgreicher wirkt da ein Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten, der die einzelnen Dienstbehörden anweist, bei der Ausführung der neuen Lohnordnung in steter Rücksichtnahme mit der Arbeiterschaft zu bleiben.

N. p. O. Formen und Fristen des kaufmännischen Verkehrs bei Materialeinkauf. Ein praktischer Fall hat dem preussischen Eisenbahnminister Anlaß gegeben, darauf hinzuweisen, daß beim Abschluß von Geschäften, die auf dem eigentlichen Gebiete des kaufmännischen Handels liegen, insbesondere also beim Groß- und Verkauf von Materialien, auch seitens der Eisenbahnbehörden tunlichst die Formen und Fristen des kaufmännischen Verkehrs innezuhalten sind.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ein Konflikt zwischen dem Budapest Magistrate und der Militärbehörde. Budapest, 5. Mai. Zwischen der hiesigen Militärbehörde und dem Budapest Magistrate ist wegen Benutzung der Gemeindefriedhöfe in Ofen ein Konflikt ausgebrochen. Der Kommandant von Budapest Terzaghi hat verweigert, trotzdem das Bezirksgericht zugunsten der Stadt Budapest entschieden hat, dem Publikum den Abgang über die Biese und läßt die dort aufgestellten Militärwachen nicht einziehen. Man ist allgemein auf den Ausgang dieser Affäre, welche eine Störung des guten Verhältnisses zwischen Bürger und Garnison befürchten läßt, sehr gespannt.

Frankreich.

Der Diebstahl in einem Fort. Paris, 6. Mai. Wie gestern gemeldet wurde, ist aus einem Fort in Dünkirchen das Verschlußstück einer 76-Millimeter-Kanone gestohlen worden. Die Diebe warfen, als sie sich verfolgt sahen, das Verschlußstück weg, konnten jedoch über die belgische Grenze entkommen. Die von der Militärverwaltung eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Tat von langer Hand vorbereitet war. Zur allgemeinen Überzeugung stellte sich heraus, daß das Verschlußstück eines 80-Millimeter-Geschützes ebenfalls verschwinden war. Man glaubt, daß mehrere Kanoniere des in Dünkirchen stehenden 6. Artillerie-Regiments ihre Hand im Spiel gehabt haben.

Der Prozeß gegen Frau Gaillaud. Paris, 6. Mai. Nach einem in Abolentkreisen verbreiteten Gerücht hält man es für möglich, daß der erste Präsident des Appellationsgerichts Senator Porichon ausnahmsweise den Vorsitz in dem Schwurgerichtsprozeß gegen Frau Gaillaud führen und der neuernannte Oberstaatsanwalt Herbaud die Anklage vertreten werde.

Balkanstaaten.

Die Bahnen in den neuverordneten Gebieten Serbiens. Belgrad, 6. Mai. Präsident Vojitch ist mit dem Ackerbauminister Jovanowitsch von der Bereinigung der neuen Gebiete zurückgekehrt. Von informierter Seite erfährt man, daß die Orientbahngesellschaft für die Abfuhr der Bahnen 60 Millionen Franken verlangt. Serbien bietet dagegen nur 30, da sowohl die Bahnkörper als auch die Betriebsmittel in sehr desolatem Zustand bei der Übernahme in die serbische Regie waren. Überdies habe sie durch langjährige Expropriationen schon große Gewinne eingeheimst. Die Verhandlungen werden demnächst fortgesetzt. Man erhofft einen günstigen Abschluß.

Türkei.

Die Schiffbestellungen in Frankreich. Paris, 6. Mai. Schon vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß die Türkei in Frankreich sechs Torpedobootsgerätere bestellen wollte. Nunmehr ist dieser Auftrag erfolgt, der auf der Werft von Havre zur Ausführung gelangen wird. Jedes der Schiffe kostet 4½ Millionen Franken. Auch die Firma Schneider-Kreuzot hat einen bedeutenden Auftrag zur Lieferung von Kriegsmaterialien erhalten.

Vereinigte Staaten.

Ein Schiedsgerichtsabkommen mit Italien. Washington, 6. Mai. Staatssekretär Bryan und der italienische Botschafter unterzeichneten gestern ein Abkommen, wonach alle Fragen, die nicht diplomatisch geregelt werden können, einer internationalen Kommission von fünf Mitgliedern überlassen sollen.

Die Lage im Streitgebiet von Colorado. Rom, 6. Mai. Der Agencia Stefani ist aus Bassenburg in Colorado die Nachricht zugegangen, daß die Ordnung im Streitgebiet wiederhergestellt ist und daß die Bundesstruppen zur Enttarnung der Grubenarbeiter schreiten.

Ist das nicht verständlich und erhaben? Dies ist nicht weniger herrlich und klar:

So viel weiche Wärme mit entrinnt,
Daß ich ein Verblutender verbleibe.
Mir ist sehr kalt, ich friere tief — ach!
Und alles Weibende tut garstlich weh.
Wie anstehende, verleihe Herzenswärme!

Man könnte sich die Leute ruhig in ihrer Weise austoben lassen, solange sich Verleger finden, die für gutes Geld den krassesten Blödsinn drucken, wenn ihre „geniale“ Aristokratischen jungen Talente weniger gefährlich wäre, als sie es in der Tat ist.

Aphorismen.

Von Moritz Goldschmidt (Frankfurt a. M.).

Um härter zu sein als der Mann, dazu braucht eine Frau viel — Schwäche.

Die ganze Menschheit kann dir den Glauben an einen Menschen nicht zurückgeben, ein Mensch aber schenkt dir den Glauben an die Menschheit zurück.

Für die große Masse ist die Regel das, was für den einzelnen die Ausnahme.

Leute, die nicht mit Geld umzugehen verstehen, kennen nur zwei Möglichkeiten: Verschwenken oder geizen.

Es gibt Panatier, die nehmen jede Sklaverei auf sich — ihrer Freiheit zuliebe.

Wer schwärzen kann, beweist damit belustigt schon, daß er etwas zu sagen hat. — Die Menge, die nie etwas zu sagen hat, kann nie schwärzen.

Wenn die Vielfreiber mehr nachdächten — würde ihnen weniger einfallen!

Regierungsbezirk Kassel.
= Hannau, 6. Mai. Die angestrebte Einigung zwischen den hiesigen Ärzten und der Ortskrankenkasse dürfte als gescheiterter gelten.

Nachbarstaaten u. -Provinzen.

Verbandsrat der Fleischer für beide Hessen und Nassau.

F. C. Saarlouis, 4. Mai. Die Delegierten des Bezirksvereins „Beide Hessen und Nassau“ im Deutschen Fleischerverband, dem auch der Regierungsbezirk Trier angehört, hatten sich gestern hier zu ihrem Bezirksrat unter dem Vorsitz von Laub (Darmstadt) vereinigt. Dem Bezirksverein gehören zurzeit 60 Innungen mit 2719 Mitgliedern und 103 Einzelmeistern an. Der § 11 des preussischen Kommunalabgabengesetzes hat unhaltbare Zustände herbeigeführt, als die Gemeinden das ursprüngliche Anlagekapital bei der Verzinsung berücksichtigen. Eine vom Referenten Schwarz (Hildesheim) eingebrachte Resolution erklärte die im § 11 des Kommunalabgabengesetzes enthaltene Verzinsung von 8 Prozent für unangebracht. Man erwartet bei der Beratung des Kommunalabgabengesetzes eine Abänderung dieses Paragraphen im Sinne der Entschärfung und des Referats. Die Ergebnisse der Beratungen der Fleischer-Enquetekommission gab Gewerberat Falk (Mainz), der selbst der Kommission angehört und als Sachverständiger benommen wurde, bekannt. Gewerberat Falk bezeichnete es als einen Schlag gegen das Fleischerhandwerk, wenn man immer mehr zur Abschaffung der Kleinmischereien komme und zu einem anderen Modus der Fleischerherstellung als der jetzigen übergehe. Die Forderungen des Fleischergewerbes zur Erneuerung der Handelsverträge behandelte in einem Referat Sad (Gießen), in dem er vor allem vermehrte Einfuhr von Futtermitteln forderte. Stahl (Limburg) referierte über die Erweiterung der Hauptmangeliste für die Währungschaft auf Schlachtvieh und verlangte zum mindesten die mehrjährigen Rinder in diese Währungschaft aufzunehmen. Die neue Viehschlachtverordnung betreffend Einführung der Sonntagsruhe und das Fleischerhandwerk hatte Jung (Frankfurt a. M.) zum Referenten. Eine angenommene Entschärfung fordert, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß für das Fleischerhandwerk eine mindestens vierstündige ununterbrochene Aufstellung der Läden erreicht wird, daß der Schluß der Verkaufszeit nicht unter 10 Uhr festgesetzt wird, und bei der Festlegung der Verkaufszeiten jeweils die zuständigen Handwerkskammern gehört werden. Von dem Plan der Reichsregierung zur Schaffung einer Statistik über das Durchschnittsgewicht der Schlachtvieh nahm die Versammlung nach einem Vortrag von Goldschmidt (Worms) mit Genugtuung Kenntnis. Herweg (Lampertshausen) brachte die zurzeit sehr akute und sich allmählich zu einer Existenzfrage für das Fleischerhandwerk ausbildende Frage des Aufspundens von Fleisch durch Landwirte und Private zur Sprache, worunter in neuester Zeit die Metzger auf dem Lande sehr schwer zu leiden haben. Den sanitären Anforderungen genüge dieses Fleisch nicht, die Viegeborrichtungen seien mangelhaft und zudem die Preise oft teurer als beim Metzger. Jung (Frankfurt a. M.) wies den vom Referenten geschilderten Fällen aus Rheinhessen sowie aus Nassau gegenüberzustellen. Der Vorsitzende glaubt, darin das wirksame Mittel zur Abhilfe zu sehen, daß man diesen Metzger-Landwirten dieselben sanitären Auflagen mache wie den Metzgern. Den Handel und die Notierung nach Lebendgewicht behandelte Sepp (Trier). Er forderte Einführung des Schlachtwichts nach Schlachtgewicht, was dies nicht zu erreichen sei, Schaffung von Viehnachrichtungsstellen und Anstellung von vereidigten Viegebeamten. Um den Handel in geordnete Bahnen zu bringen, sei der Regierung der Erlaß von Fütterungsvorschriften und einer Viegeordnung zu empfehlen. Winterthur (Gannau) begründete einen Antrag auf Abänderung des § 11 des Kommunalabgabengesetzes, der noch eine Marktskandordnung von 1872 zu Recht bestehen lasse, die nicht mehr der Neuzeit entspreche. Der Vorsitzende trat für den Verkauf von Margarine aus tierischen Bestandteilen in den Metzgerläden mit der Begründung ein, daß bei Erhebung des Abzuges der Margarine aus tierischen Stoffen auch der Abzug des Fettes gehoben werde. Diefen Anfinnen trat man in der Diskussion zum Teil entgegen. Nachdem die ausstehenden Vorstandsmittelglieder Falk (Mainz), Goldschmidt (Worms) und Schnell (Gießen) wiedergewählt und als nächstjähriger Tagungsort Bingen bestimmt, hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Zur Morbafäre in Grainfeld.

hd. Grainfeld, 6. Mai. Im Krankenhaus zu Lauterbach starb gestern die älteste Tochter, Lina Stein. Der Landwirt Hofmann jun. wurde gestern wieder aus der Haft entlassen, da er nachweisen konnte, daß er in der Morbafäre nicht an einer Schärerei beteiligt war, bei der er auch die Blutspuren und Verwundungen erhalten hatte. Die Polizei verfolgt jetzt eine andere Richtung.

w. Darmstadt, 6. Mai. Anlässlich des Namensfestes der Kaiserin Alexandra Feodorowna von Rußland fand heute vormittag in der russischen Kavalle auf der Markthallenböde ein Festakt statt.

— Wiesbaden, 6. Mai. Der Täter, welcher hier in der Nacht zum 6. Februar d. J. drei Wirtschaftskleinbrüche verübte, wurde nunmehr ermittelt. Es ist ein in Gießen in Haft befindlicher Kaufmann namens Emil Weber aus Bamberg.

L. C. Gießen, 5. Mai. Zum Tode des ehemaligen Abgeordneten Geh. Justizrat Guttleich schreibt die „Liberalen Korrespondenz“: Guttleich hat sich große Verdienste um die fortschrittliche Sache erworben. Als Reichstagsabgeordneter war er namentlich erfolgreich und maßgebend tätig auf dem Gebiete der Gewerbeordnung und der Justizreform. Auch dem bürgerlichen Landbau hat er Jahre hindurch in führender Stellung angehört. Die fortschrittliche Fraktion des Reichstages und der fortschrittliche Ausschuss der Partei haben der Familie des Verstorbenen warm empfundenen Beileids telegramme gesandt; der fortschrittliche Ausschuss läßt einen Kranz am Sarge des Verstorbenen, der auch Mitglieber des Reichstages war, niederlegen. Das Andenken des fortschrittlichen Politikers Guttleich wird in der Partei stets in Ehren gehalten werden.

Gerichtssaal.

ah. Der Zusammenbruch der Göttinger Bank vor Gericht. Hannover, 5. Mai. Unter großem Andrang des Publikums begann heute vormittag vor der hiesigen 1. Strafkammer der Nießenprozeß wegen der Verfehlungen bei der Göttinger Bank, deren Zusammenbruch seinerzeit zahlreiche Existenzen im südländischen Hannover und darüber hinaus dem Ruin entgegenführte. Auf der Anklagebank saßen die früheren Direktoren der Bank, Liepenhausen (Berlin) und Reese (Hannover), sowie Senator a. D. Kauffmann (Göttingen), der als Aufsichtsratsmitglied der Bank fungiert hatte. Der Prozeß gelangt hier zur Verhandlung, weil die Angeklagten die Göttinger Richter als befangen abgelehnt hatten, mit der Begründung, daß diese direkt oder in-

direkt zu den durch den Banksturz Geschädigten gehörten. — Die Göttinger Bank erfreute sich namentlich in den Kreisen der kleinen und mittleren Sparrer großen Vertrauens, so daß das ursprüngliche Aktienkapital bald erhöht werden mußte. Die anscheinend guten Resultate der Geschäftsführung kamen auch in einer verhältnismäßig hohen Dividende zum Ausdruck. Die Angeklagten werden nun beschuldigt, diese Dividende künstlich herausgewirtschaftet zu haben, indem sie Bilanzen verschleierte oder fälschten und ihre Kunden über den wahren Status der Bank täuschten. Der Banksturz brach aus, als infolge der Marktschwäche die Lage des Geldmarktes eine sehr bedrückte wurde. Nach der Vernehmung der Angeklagten wurde die Sitzung vertagt.

* Selbstverurteilung. Posen, 6. Mai. Wegen Verurteilung, Rahmenstich und Preisgabe von Dienstgeheimnissen hatte sich vor dem hiesigen Kriegsgericht der Musketier Hugo Kehler vom 46. Infanterie-Regiment zu verantworten. Kehler war des Soldatenlebens überdrüssig, so daß er nach einigen Tagen Dienstzeit davonlief. Umweil des nahe bei Posen gelegenen Unterbergs betrat er den Bahndamm, legte seine linke Hand auf die Schiene und ließ sich von einem Zuge drei Finger abfahren. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, Aufhebung aus dem Heere, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen.

* Neuf a. Rh., 6. Mai. Biath-Flachrennen. 4000 M. 1. v. Bennigens (Niederrhein), 2. Lohse, 3. Kalla 2. 15:10; 12, 17, 14:10. — Hannoversch-Flachrennen. 2500 M. 1. Graf E. v. Landsberg (Frankfurt), 2. Nag, 3. Bröhen. 19:10; 11, 11:10. — Gilsbach-Flachrennen. 4000 M. 1. v. Bennigens (Niederrhein), 2. Siebels, 3. Kalla. 35:10; 21, 22, 52:10. — Stadthagen-Flachrennen. 2500 M. 1. Gr. E. v. Landsberg (Frankfurt), 2. Quetamo, 3. Prospero. 19:10. — Badburg-Flachrennen. 10 000 M. 1. Arlt St. George (Niederrhein), 2. Kerschbitter, 3. Bürgermeister. 20:10; 14, 16, 17:10. — Rheinhagen-Flachrennen. 5000 M. 1. Whites (Arbington (Niederrhein), 2. Cup Stealer, 3. Golden Love.

* Le Tremblay, 6. Mai. Prix Bijon. 3000 Franken. 1. Dieuz Souf (Allemant), 2. Klotz, 3. Isander. 50:10; 45, 47:10. — Prix Verneuil. 4000 Franken. 1. Oly-Rodeviers (Vallagio (Niederrhein), 2. Roganna, 3. Home Aule. 43:10; 21, 24, 29:10. — Prix Lannay. 4000 Franken. 1. Batinnes (Kendegous (Niederrhein), 2. Orapou, 3. Yen Beug. 28:10; 14, 45, 21:10. — Prix Citronelle. 20 000 Franken. 1. Durheas (Friggale (Niederrhein), 2. Amicar, 3. Montgomer. 61:10; 20, 18, 18:10. — Prix Regalia. 4000 Franken. 1. Widener (Niederrhein), 2. Frouzisko, 3. Armada. 128:10; 25, 20, 14:10. — Prix Int. 4000 Franken. 1. Deschamps (Vangogen (Niederrhein), 2. Imagier, 3. Va Tent. 61:10; 26, 53, 36:10.

* Rhein- und Leinwässer-Wiesbaden, 6. S. Die am Sonntag, den 10. d. M., stattfindende Kammitagswanderung Vierstadt-Epsheim wird wie folgt ausgeführt: Abmarsch von Vierstadt (Endstation der elektrischen Straßenbahn) um 2 Uhr auf ausführender Straße nach Epsheim und weiter nach Epsheim (Ankunft 3:30 Uhr). Abmarsch im „Deutschen Reiter“ bis 4:30 Uhr. Abmarsch Epsheim nach Langenbach (3:30 Meter). Ankunft Epsheim 5 Uhr 20 Min. 1/2 Stunde Rast im Gasthaus „Zum grünen Wald“. Um 6:50 Uhr wird nach Epsheim weitergewandert, das um 7 Uhr erreicht ist. Einkehr im „Hotel Seiler“. Rückfahrt 7:02 Uhr (in Niederhausen umsteigen). Ankunft in Wiesbaden 10:04 Uhr. Fahrpreis 3. Klasse 90 Pf., 4. Klasse 65 Pf. Fahrzeit 3 1/2 Stunden. Führer die Herren A. Bird und E. Michel.

* Offizier- und Mannschaftswettkämpfe des 18. Armeekorps. Am 9. und 10. Mai finden in Frankfurt, wie bereits kurz gemeldet wurde, die Offizier- und Mannschaftswettkämpfe des 18. Armeekorps statt. Die Offizier-Wettkämpfe, für die 41 Teilnehmer von 19 Regimenten gemeldet haben, beginnen Samstag, den 9. Mai, mit dem Fünfkampf (Pistolenschießen, Geländelaufen, Schwimmen und Degenfechten). Am Sonntagmittag folgen, ebenfalls auf dem Festhallengelände, 100-Meter-, 400-Meter-, 1500-Meter-Lauf, 4mal 100-Meter- und 4mal 400-Meter-Staffette, Diskuswerfen, Hochsprung, Kugelstoßen, Weitsprung, Speerwerfen. Am Sonntagnachmittag werden auf dem gleichen Platz auch die Mannschaftswettkämpfe für Unteroffiziere und Mannschaften abgehalten. Sie bestehen aus Gewehrfechten, Mannschaftshindernislauf und 10mal 100-Meter-Staffette.

* Das Billardturnier in Berlin, bei dem Hagenlocher und Tribus zusammen gegen Bruno spielten, endete mit dem Sieg von Tribus-Hagenlocher. Die Partie ging auf 1000 Punkte. Das Ergebnis war: Hagenlocher 3235 (Durchschnitt 10,85), Tribus 2765 (9,27), Bruno 5492 (18,42).

* Fußball. Die englische Berufsspielermannschaft Bradford City hat nach ihrer Niederlage in Frankfurt zwei Siege erröchten, gegen Stuttgarter Kickers 1:0 und gegen Phönix Mannheim 7:2.

Neues aus aller Welt.

Frankfurt im böhmischen Elbtale. Bodenbach, 6. Mai. Die letzten Nachtfröste haben in den Wein- und Obstgärten des Elbtalles schweren Schaden angerichtet. Außerordentlich hat besonders die Aprikosen- und Kirschblüte gelitten.

Selbstmord. Berlin, 6. Mai. Auf dem Sportplatz der Hochschule am großen Stern im Grunewald schoß sich gestern Abend der 30 Jahre alte Konteur Michael Badt eine Kugel in die rechte Schläfe. Er wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht. Badt wollte sich nächsten Samstag verheiraten. Er hat die Tat aus Eifersucht vor der Ehe begangen.

In den Bergen verunglückt. Freiburg i. B., 6. Mai. Auf der Seilbahn im Schwarzwald ist der Anwartsgehilfe Heinrich Vogelmann auf einer vereisten Schneefläche ausgerollt und 50 Meter tief abgestürzt. Er überlag sich mehrere Male und wurde tödlich verletzt aufgefunden.

Zum Unglück der „Columbian“. New York, 6. Mai. Beamte der Highland-Linie erklären, daß die „Columbian“ keine Passagiere an Bord hatte, und daß die Mannschaft aus 60 bis 70 Personen bestand. Die Cunard-Linie hat folgende Meldung von der „Frankonia“ erhalten: Wir suchen nach dem vermißten Boot. Die Besetzten leben an den Folgen der Erstickung. Sie erklären, daß sie 40 Stunden im Boot waren. Das Feuer brach am Sonntag aus und ist unmittelbar darauf erfolgte eine Reihe von heftigen Explosionen und der funktionsfähige Apparat wurde zerstört.

Ein General aus dem Sezessionskrieg von seinem Sohne ermordet. New York, 5. Mai. Grotes Auffehen erregt hier eine schwere Mordtat, der der verdienstvolle General aus dem Sezessionskrieg, Dr. Wm. Dyer, zum Opfer gefallen ist. Der General wurde heute morgen in seinem Zimmer ermordet aufgefunden. Der Verdacht lenkte sich sofort auf den Sohn des alten Helden, welcher, mit dem Vater seit längerer Zeit in Unfrieden lebte. Man nimmt an, daß der Sohn die furchtbare Tat in einem Anfall geistiger Unmündigkeit begangen hat.

Deutscher Reichstag.

Die Militärdebatte.

5. Berlin, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die große Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen hielt, wie der Redner selber feststellte, endlich die rechte Mitte zwischen den maßlosen Übertreibungen des Sozialdemokraten und den allzu regierungsfreundlichen Liebenswürdigkeiten des Zentrumsredners von gestern. Dr. Müller-Meinungen stellte sehr wirkungsvoll die Art gegenüber, wie man inaktiven Offizieren, die eine Kritik an der Seeresverwaltung sich erlaubten, den Mund zu verbieten sucht, während man den Rüstungstreibern vom Wehrverein freies Spiel lasse. Mit Recht wies der sozialdemokratische Redner darauf hin, daß an der glücklichen Durchführung der Wehroverlage doch auch dem Reichstag ein reichliches Verdienst zukomme und daß mit diesem Verdienst in schroffem Widerspruch die Hege stehe, die aus Anlaß der Fabern-Affäre von chauvinistischen Generalen, von der sogenannten „nationalen“ Presse, vor allem aber im preussischen Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus gegen diesen selben Reichstag injiziert worden ist. Auch die Regierung nahm der Redner wiederum mit vollem Recht von dieser Anklage nicht an. Ihre Haltung speziell gegenüber einigen Etatsresolutionen bezeichnete er als direkte Verhöhnung des Parlaments. In der Aufhebung der Rabinettssorder von 1820 sah der Redner immerhin einen Fortschritt. Dagegen hält er die Stellung des Einflusses des Militärkabinetts für verfassungswidrig. Besondere Wünsche hatte er noch für die soziale Gleichstellung des Sanitätsoffizierskorps, in bezug auf noch schärfere Bekämpfung der Soldatenmishandlungen usw. Es war eine von entschiedenem Wohlwollen getragene, aber dabei scharf kritische Zusammenfassung aller der Wünsche, die der Liberalismus — leider noch immer meist ohne Ergebnis — Jahr um Jahr an die Adresse der Seeresverwaltung zu richten hat. Auch der konservative Abgeordnete Rogalla v. Diebstein hatte schon vorher gewisse Entgegnungen der Wehrvereinsgenerale zugegeben. Andererseits bezeichnete er die gestrige Kritik des sozialdemokratischen Redners für eine kolossale Annäherung und zog sich dadurch eine Klage des Präsidenten zu. Auch der Reichsparteiler Segenschmidt beteiligte sich an der allgemeinen Abschlüßung der politischen Generale, als deren einziger Anwalt nun allein Herr Wassermann übrig bleibt. Schließlich verteidigte noch der antisemitische Abgeordnete Werner-Hersfeld den Obersten v. Reuter und die Danziger Kronprinzenrede. Dann, in ziemlich vorgeschrittener Stunde, nahm der Kriegsminister v. Falkenhayn das Wort zu einer zweiten Rede, um vor allen Dingen noch einmal zu versichern, daß er und das ganze Offizierskorps die Soldatenmishandlungen nach wie vor auf das entschiedenste verabscheue. Tatsächlich seien die Fälle von systematischen Mishandlungen geringer geworden. Der Eindruck der Häufung sei auf die sozialdemokratische Hege zurückzuführen, gegen die der Minister denn auch ein kräftiges Wortlein sagte. Die Rede gab ferner einen Kommentar zu den neuen militärischen Dienstvorschriften (Herr v. Falkenhayn machte hier kein Hehl daraus, daß die allen eigentlich viel besser gewesen seien) und versicherte, daß das Kriegsministerium jede Verantwortung für die Tätigkeit und das Auftreten des Wehrvereins ablehne. So sympathisch diese Auseinandersetzung auch im allgemeinen klang, so wenig glücklich war sie, als sich der Minister gegen die von dem Abgeordneten Müller-Meinungen auch diesmal wieder eingebrachte Frage der Verbesserung des Adels in der Armee wandte. Unfreiwillig, aber geradezu stürmischen Beifalls bedürftig hatte Herr v. Falkenhayn, als er die hohe Zahl der Kriegsakademiker in der Garde damit begründete, daß bei den Offizieren der Garde die Reizung zu wissenschaftlicher Tätigkeit von jeher größer gewesen sei als in der Linie. Man lachte Tränen im Reichstag und nicht nur auf der äußersten Linken. Die ganze sehr lange Rede des Kriegsministers, auch seine Verteidigung der rednerischen Entlassungen, die sich einer seiner Kommissare in der Budgetkommission hatte zuschulden kommen lassen, vor allen Dingen aber seine Attitude gegen die Sozialdemokraten, die der Minister übrigens sogar durch Faustschläge auf das Rednerpult unterstrich: Das alles klang recht tapfer, wirkte aber doch stellenweise provokatorisch. Von der Linken hörte man minutenlange stürmische Zwischenrufe und in den nächsten Tagen wird es vermutlich auch noch stärker aus dem Walde zurückhallen. Zum Schluß dürfte der Elsäßer Gaeu sprechen. Morgen wird die Beratung der Besoldungsnevelle eingeschoben.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 6. Mai.

Am Bundesratssitz: Kriegsminister v. Falkenhayn, Bahnschiffe und viele militärische Kommissare.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2:20 Uhr. Die zweite Lesung zum

Militäretat

wird fortgesetzt.

Hg. Rogalla v. Diebstein (Loff.): Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Schulz war gestern nicht geeignet, das Ansehen des Heeres zu fördern. Das sollte sie wohl auch nicht. Er hat sich mit den Reden beschäftigt, die die kommandierenden Generale in Danzig und Frankfurt am Main gehalten haben. Dabei hat er es fertig gebracht zu sagen, die Rede des Generals v. Schand in Frankfurt sei besonders zu kritisieren, weil dieser gewissermaßen Gast der Sozialdemokratie gewesen sei. Das ist eine kolossale Annäherung. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Nach unserer Meinung hat das Militär genügend Ausblick mit dem Volke. Unter dem Schutze unserer Armee hat unsere gesamte Kultur und unser Erwerbsleben sich in ungeahnter Weise ge-

haben. (Sehr richtig!) Und dieser Schutz ist besonders den Arbeitern zugute gekommen.

Mit Stolz sehen wir auf die glatte Durchführung der Wehrvorlage, die zum Staunen der ganzen Welt vor sich gegangen ist.

Wir erkennen die Tätigkeit des Kriegsministers auf seinem Gebiete voll und ganz an und bringen ihm unseren Dank zum Ausdruck. (Bravo!) Die Mißhandlungen in der Armee verurteilen wir genau so wie Sie (nach links). Daß sie ganz beseitigt werden können, glauben wir nicht, dafür sind die Soldaten auch nur Menschen. Die Politik muß vom Heer ferngehalten werden, einer nationalen Politik aber dürfen wir den Weg nicht verbieten. In einer Resolution verlangen wir, daß in Verbindung mit den amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft die durchschnittlichen Gesellschaftskosten für eine Militärreimonte festgesetzt werden, damit an Hand dieser Feststellung eine entsprechende Summe zum Ankauf von Reimonten in den nächsten Etatsetat eingestellt werden kann.

Deutschland ist stets in der Lage, den vollen Bedarf an Militärpferden zu decken.

Die Pferdezüchter müssen unterstützt werden. Wir haben den lebhaften Wunsch, daß in der jetzt außerordentlich verstärkten Armee die alten Traditionen aufrecht erhalten bleiben mögen, daß der Geist der Treue bis zum Tode gegen den obersten Kriegsherrn, Vaterland und Volk immer maßgebend sein werden, dann werden wir die Stellung in der Welt einnehmen, die uns gebührt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Müller-Reiningen (Bsp.): Auch wir begrüßen es, daß unsere Besorgnisse hinsichtlich der Musterungsverhältnisse unbegründet gewesen sind, die wir bei Einbringung der neuen Wehrvorlage geäußert hatten. Wenn der Kriegsminister erklärt, daß die Feststellen im Offizierkorps in 2 Jahren ausgefüllt sein werden, so frage ich ihn, ob dies auch für das Sanitätsoffizierkorps gilt. Dem Dank für die prompte Durchführung der Heeresvorlage schließen wir uns an. Der größte Dank gebührt aber dem deutschen Volk, das die Lasten dieser Vorlage so gern auf sich genommen hat. (Sehr richtig!) Besonders die Bestrebungen des Volkes, einen Weltfrieden in die Wege zu leiten, sollten von der Militärverwaltung gebührend berücksichtigt werden.

Es scheint, als ob in der Jetztzeit nicht das Volk und nicht die Fürsten die größten Feinde des Friedens sind, sondern manche pensionierte Generale und die hinter ihnen stehende Rüstungsindustrie.

Wir wünschen, daß man dieser Kriegstreiberei energisch gegenübertritt. Zu bedauern ist, daß den Offizieren die Pressefreiheit in einer geradezu verfassungswidrigen Weise beschränkt wird. Wer kritisieren will, wird zum Schweigen gezwungen. Nur diejenigen dürfen für die Presse schreiben, die immer höhere Forderungen stellen. In Verbindung mit der Deutschen Turnerschaft muß der Kriegsminister die Erhaltung des Volkes anstreben. Hinsichtlich der konfessionellen Vorurteilslosigkeit im Offizierkorps kann sich der Kriegsminister als wirklich moderner Mann erweisen. Gerade vom Standpunkt einer zielbewußten Bekämpfung der Sozialdemokratie ist der Fall Stöcker zu bedauern. Der Kriegsminister hat geantwortet, was sein Vorgänger getan hat. Wäre der Fall Stöcker nicht vorgekommen, so hätte er die denkbar günstigste Lage vorgefunden. Graf von Hartenberg hat in seiner Herrenhausrede einen an Verfolgungswahn grenzenden Partikularismus verraten, der lächerlich wäre, wenn er nicht so gefährlich sei.

Diese konservativen Herren mit ihren politischen Hintermännern arbeiten auf einen großen Verfassungskonflikt hin. (Sehr gut!) Wir haben volles Recht, uns um die Behandlung der Soldaten zu kümmern. Wir sind nicht dazu da, automatisch die Gelder zu bewilligen. Auch Herr Erzberger wird nicht leugnen können, daß die Behandlung unserer Resolutionen eine an Grobheit grenzende Grobheit darstellt. (Weiterkeit.) Die Beseitigung des strengen Zensurs ist eine außerordentlich dringende Forderung. Nach der Antwort der Regierung gibt es keinen Argus in der Armee. Woher kommt aber die Bewachung der Offiziere? Die Antwort, daß es keine Zurücksetzung von Offizieren wegen ihrer religiösen Anschauung oder ihrer Geburt gebe, ist geradezu eine Verhöhnung des Parlaments. Die ganze Presse ist sich darüber einig, daß die Zurückstellung der bürgerlichen Elemente im Offizierkorps das schwerste Unrecht sei. Das heutige Ehrengericht ist ein Hohn auf das moderne Recht. Hier sind Reformen dringend nötig. Dasselbe gilt für das Beförderungswesen. Bedauerliche Tatsache scheint es zu sein, daß die Beförderung und grausamen Soldaten mißhandlungen eher zu als abnehmen. In der neuen Verordnung über den Waffengebrauch ist die subjektive Willkür, wie im bayerischen Fall, nach dem Wortlaut ausgeschlossen. Allerdings muß diese Frage noch im Wege der Gesetzgebung geregelt werden. Da möchte ich anfragen, ob ein Geheimverbot, das geheim ist als alle anderen Geheimverbot (Weiterkeit), besteht für die Unterdrückung derartiger Unruhen? (Der Kriegsminister vernimmt dies.) Oder ist dieser bestehende Geheimverbot nicht Erlass geworden? (Weiterkeit.) Der Träger der obersten Kommandogewalt noch außerhalb, noch über das Gesetz gestellt worden? Damit hängt zusammen die enorme Gewalt des Militärkabinetts, das das Budgetrecht des Reichstags nicht achtet.

Die jetzige Stellung des Militärkabinetts, das früher nur ein Sekretariat war, ist verfassungswidrig; die Kluft zwischen Volk und Armee besteht noch.

Unsere Aufgabe ist es, die Armee den modernen Anschauungen anzupassen, und dazu müssen zunächst die Beschlüsse des Reichstags respektiert werden.

Abg. Dr. Oegensteit (Bsp.): Auch wir sprechen dem Kriegsminister Dank und Anerkennung für die großartige Leistung der Durchführung der Wehrvorlage aus. Die ganze Leistung beweist auch die hervorragende finanzielle Kriegsbereitschaft des deutschen Volkes. Bis zu einem gewissen Grade ist auch erfreulicherweise erreicht worden, die kleinen Städte mit Garnisonen zu belegen. Man hat die politisierenden Generale als Kriegsheer heruntergesehen versucht. Ohne mich mit ihnen zu identifizieren, muß ich doch sagen, daß diese Herren für die Aufklärung sehr vieles tun, und ich muß davor warnen, unsere eventuellen Gegner zu unterschätzen. Die Wehrvorlage bedeutet einen ganz gewaltigen Fortschritt. Sie erreicht aber immer noch nicht, daß jeder junge Mann, der ein Recht darauf hat, seinem Vaterlande zu dienen, dieses Ziel auch wirklich erreicht. Die Verfallmierung des allgemeinen Wehrrechts ist ein schweres Unrecht, das im Ernstfall an Stelle der jungen volltauglichen Männer Reservisten, bew. Familienväter mit in den Krieg ziehen müssen.

Abg. Werner-Hersfeld (Wirtsch. Bgg.): Wenn Dr. Müller-Reiningen wünscht, daß Juden in das Offizierkorps hineinkommen, so würden diese dazu im allgemeinen wenig Lust haben, da es andere Berufe für sie gibt, die ihnen mehr einbringen. Das Rückgrat der Armee ist unzweifelhaft das Unteroffizierkorps, für dessen Angehörige besser als bisher gesorgt werden muß. Auf unser Heer können wir stolz sein. Es bestärkt uns in unserem Bewußtsein: Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt. (Bravo!)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Wie es mir gelingen wird, alle vorgebrachten Beschwerden heute schon restlos zu erledigen, scheint mir zweifelhaft zu sein. Von verschiedenen Seiten ist mir die Notwendigkeit ans Herz gelegt worden, die leider immer noch vorkommenden Mißhandlungen Untergeordneter durch Vorgesetzte oder ältere Kameraden eindämmen. Dabei hat der Redner der Sozialdemokraten gemeint, er sei begierig, zu erfahren, wie ich mich zu der Erklärung des Generals v. Einem, in der er seinen Abscheu gegenüber den systematischen Soldatenmißhandlungen ausdrückt, verhalten würde. Ich könnte eine solche Frage für eine schwere Beleidigung betrachten (Sehr gut!), weil darin die Subposition verborgen sein könnte, daß ich mich anders zu dieser Frage stellen könnte, als ob ich die Quälereien beschönige.

In der Brust jedes Vorgesetzten wie in meiner Brust lebt aber Abscheu gegen diese Vorgänge.

(Bravo!) Wir alle, vom höchsten bis zum niedrigsten, sind bemüht, diesem Vergehen mit allen Kräften nachzugehen. (Bravo!) Eine ähnliche Verfügung wie die meines bayerischen Amtsvorgängers ist von allen Generalkommandanten des östlichen ergangen. Sollte jemand anderer Ansicht sein, so irrt er. Der Kampf gegen systematische Mißhandlung wird in der ganzen Armee unaufhörlich geführt.

Erst am Neujahrstag hat der Kaiser den kommandierenden Generalen in erster Reihe wieder vor Augen geführt, wie nötig es sei, in dem Kampfe gegen systematische Soldatenmißhandlungen nicht nachzulassen.

(Lebhafter Beifall.) Wenn in diesem Kampf noch kein voller Erfolg zu verzeichnen ist, so liegt das daran, daß wir es nicht mit einer spezifisch militärischen Eigenschaft, sondern mit allgemeinen menschlichen Schwächen zu tun haben. Es ist also nicht richtig, die vorgehenden Herren allein dafür verantwortlich zu machen. Es ist auch nicht der Fall, daß in letzter Zeit sich die Fälle von Mißhandlungen gehäuft hätten. Es sind zwar einzelne besonders grobe, empörende Fälle vorgekommen, aber der Eindruck der Häufung beruht nur auf der Agitation, die mit jedem einzelnen Fall getrieben wird. Wie man da vorgeht, zeigt das offizielle Organ der Sozialdemokraten, der „Vorwärts“, der vor kurzem die Mißhandlungsfälle von Offizieren aufzählte, die sich in fünfzig Jahren ereignet hatten. Wir werden in dem Bestreben, den systematischen Mißhandlungen in der Armee entgegenzuwirken, nicht nachlassen. Der Kriegsminister verbreitete sich dann ausführlich über die Änderung der Vorschrift bezüglich des Waffengebrauchs. Die neue Vorschrift ist nichts weiter, als die Zusammenstellung allgemein anerkannter Rechtsformeln zum Zweck der Instruktion der militärischen Befehlshaber. Sie hat Gültigkeit für die in Preußen und unter preussischer Verwaltung sowie die in den Reichslanden stehenden Kontingente. Einige Bundesstaaten haben diese Vorschriften auch angenommen, weitere andere haben noch ihre eigenen Zusätze hinzugefügt.

Abg. Dargatz (Elf.) bemerkt, daß die neuen Vorschriften über den Waffengebrauch der bayerischen Bevölkerung eine gewisse Genugung gebracht haben.

Nach kurzen persönlichen Bemerkungen des Abg. Müller-Reiningen und des Kriegsministers wird die Beratung um 7¼ Uhr auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

Einiger Druckschrift des „Wiesbadener Tagblattes“.
§ Berlin, 6. Mai.

Am Ministertisch: Kultusminister v. Trott zu Solz.
Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Die Beratung des Kultusdetals wird beim Abschnitt

„Höhere Lehranstalten“

fortgesetzt.

Abg. Lippmann (Fortfchr. Bpt.) begründet den Antrag Kronsohn (Fortfchr. Bpt.) auf Vorlegung eines Gesetzes zur Regelung des Privatunterrichts. Die Privatschulen haben den Vorzug, daß sie ein engeres Zusammenarbeiten von Lehrern und Eltern ermöglichen. Gerade bei Mädchen Schulen ist eine solche innige Verbindung zwischen Eltern und Lehrern ungemein wichtig. Die Privatschule ist eins der Mittel, das Volk zur Freiheit zu erziehen. Es ist bezeichnend, daß zur Zeit der Erhebung Preußens im Anfang des vorigen Jahrhunderts die Privatschulen freigegeben, d. h. von den staatlichen Fesseln befreit worden waren. Nach der Verfassung ist die Wissenschaft und ihre Lehre frei. Damit steht im Widerspruch, daß die politische und religiöse Zensur unter der Leitung der Privatschulen einer staatlichen Kontrolle unterworfen ist. Wir halten es nicht für gerechtfertigt, daß Junggelehrten Schwierigkeiten gemacht werden, wenn sie die Leitung von Privatschulen übernehmen wollen. Minister dürfen von Privatschulen nicht absehen. (Weiterkeit.) Weiter von Privatschulen aber nicht. Wir können es auch nicht billigen, wenn die Regierung befugt ist, Privatschulen aus irgendeinem Grunde zu schließen. Der Minister sagt, er ließe den Privatschulen wohlwollend gegenüber. Mit Wohlwollen allein ist es aber nicht getan. Die Materie schreit nach gesetzlicher Regelung. (Beifall links.)

Kultusminister v. Trott zu Solz: Die Behauptung des Vorredners, daß das Verhalten der Regierung gegenüber den Privatschulen mit der Verfassung im Widerspruch steht, ist völlig falsch.

Die Rechtsfrage der Privatschulen beruht auf einer Allerhöchsten Kabinettsorder, die heute noch Gesetzeskraft hat.

Auch das Reichsgericht hat entschieden, daß die Rechtskraft der Privatschulen eine verfassungsmäßige ist. Der Vorredner hat die Ewerbsinteressen der Inhaber von Privatschulen in den Vordergrund gestellt; diese Interessen müssen aber zurücktreten hinter den Interessen des Unterrichts und der Jugend, die den Privatunterricht erhält. Es ist angezeigt, daß wir ein wichtiges Auge auf den Privatunterricht haben, denn es suchen sich in das Privatschulwesen Elemente hineinzudrängen, die durchaus nicht die Eigenschaften haben, unsere Jugend zu erziehen. Daher ist es eine Staatsnotwendigkeit, die nötigen Rechtsmittel in der Hand zu halten. Daran wird die Staatsregierung unter allen Umständen festhalten müssen.

Man wird sich auf diesem Gebiet eine gewisse Beschränkung auferlegen müssen, wenn man wünscht, eine Rechtskontrolle darüber geführt zu sehen. Ich habe die Schaffung einer solchen Rechtskontrolle zugesagt und es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, daß ich in der bereits ausgearbeiteten Vorlage meine Wünsche nicht habe durchsetzen können. Es wird auf die Materie näher eingegangen werden können, wenn der Gesetzentwurf zur Beratung vorliegt. (Beifall.)

Abg. Dr. Wagner (freikons.): Der Antrag Kronsohn wird bei meinen Parteifreunden kein Entgegenkommen finden, wir sind aber bereit, der Kommissionsberatung zuzustimmen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Ernst (Bpt.), Dr. Kaufmann (Bpt.), Eichhoff sowie Lippmann (Bpt.) bemerkt Kultusminister v. Trott zu Solz: Nach dem Besche von 1872 steht das Aufsichtsrecht über die öffentlichen und privaten Schulen dem Staate zu. Dadurch liegt eine gesetzliche Regelung des privaten Unterrichtswezens zum Teil bereits vor. Im übrigen bin ich bereit, die Privatschulen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Antrag Kronsohn wird darauf der Unterrichts-Kommission überwiesen. Damit ist der Abschnitt „Höhere Lehranstalten“ erledigt.

Es folgt die Debatte über das

Elementarunterrichtswesen.

Die Budgetkommission erfaßt in einer Resolution die Regierung: 1. Einen Gesetzentwurf über die Beseitigung der Ungleichmäßigkeiten in den Schulkosten vorzulegen. 2. Bei der Vorbereitung dieser Vorlage die Befreiung der Schulverbände von den persönlichen Schulkosten in Erwägung zu ziehen und hierbei auf die Beseitigung der Ungleichheiten in dem Lehrerbeförderungswesen Bedacht zu nehmen. 3. Möglichst noch in diesem Jahre eine Denkschrift über die Höhe der Schulkosten und die sonstigen kommunalen Lasten vorzulegen.

Abg. Freiherr v. Sehlis (freikons.): Mit Bezug auf die Resolution der Kommission ziehe ich meinen Antrag auf Abtragung der persönlichen Volksschulkosten auf breitere Schultern zurück. Der Moör hat seine Schuldigkeit getan, der Moör kann gehen. (Heiterkeit.)

Abg. Graf von der Gröben (kons.): Die ganz unerhörte Überlastung der Kommunen mit Schulkosten bildet einen wunden Punkt in unserem Staatswesen. Diesem Abstände abzuheben, muß eine unserer vornehmsten Aufgaben sein. Am der Konkurrenz der übrigen Gemeinden nicht ganz zu unterliegen, müssen die ärmeren Gemeinden immer größere Mittel aufbringen, und so steigen die Schäden in progressivem Maße immer weiter. Die Regierung muß auf Mittel bedacht sein, um diesem Abstände zu begegnen. Der Lehrer auf dem Lande hat oft viel mehr zu tun als der Lehrer in der Stadt. Wir müssen uns daher der Lehrer annehmen und werden auch vor größeren Mitteln nicht zurücktreten. Der Lehrer muß das Heimatgefühl und die Heimatfreude bei seinen Schülern stärken. Nur dadurch wird die Vaterlandsliebe gefördert werden. Wir werden der Resolution der Kommission zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Glattefelter (Bpt.): Wir fordern, daß die Staatszuschüsse zugunsten der leistungsschwachen Gemeinden erhöht werden.

Trotz der steigenden Zuschüsse muß der kommunale Charakter der Volksschule gewahrt bleiben.

Es ist durchaus unser Wunsch, daß die Frage des Ausgleichs der Schulkosten und einer entsprechenden Beförderung der Lehrer dem Kampfe der Parteien entzogen wird. Möge es uns gelingen, den Weg zu finden, um einerseits die Gemeinden zu entlasten, andererseits die Lehrer so zu besolden, daß ihnen die Freude an ihrem schönen Beruf erhalten bleibt zum Segen unseres Vaterlandes. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Kamppe (nall.): Durch die fortwährenden Streitigkeiten, welche über die Schulkosten innerhalb der Kommunen entstehen, wird eine gewisse Beunruhigung in diese hineingebracht und die Freude an der Selbstverwaltung getrübt.

Es muß Unzufriedenheit erregen, wenn ärmere Gemeinden für dieselbe Sache mehr zahlen müssen als die wohlhabenden.

Hier muß unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden. Dabei legen meine politischen Freunde Gewicht darauf, daß der kommunale Charakter der Schulen beibehalten bleibt. Der Weg, den die Kommission eingeschlagen hat, indem die persönlichen Schulkosten dem Staate übertragen werden sollen, darf keineswegs die Konsequenz haben, daß die Lehrer Staatsbeamten werden. Der Gedanke, Beförderungslasten einzurichten, kann als abwegig bezeichnet werden. Auch der Weg ist nicht gangbar, daß der Staat die persönlichen Kosten übernimmt und noch außerdem Zuschüsse leistet. Durch die Regelung, wie sie in der Resolution vorgeschlagen wird, ist auch die Möglichkeit gegeben, der Stellung der Lehrer in der Stadt und auf dem Lande näherzutreten.

Auch die Ortszulagen können in Wegfall kommen.

Durch die bisherigen Maßnahmen ist immer wieder Unzufriedenheit und Unruhe erzeugt worden. Deshalb kommt es darauf an, daß wir jetzt etwas Ganzes schaffen, daß der Gegenstand endlich einmal dem Streite der Parteien entzogen wird, und daß wieder Ruhe und Zufriedenheit in die Kommunen kommt.

Abg. Freiherr v. Sehlis (freikons.): Den letzten Ausführungen des Vorredners kann ich durchaus zustimmen. Im übrigen ist ein Ausgleich bei der Verteilung der Schulkosten ein dringendes Bedürfnis, und sowohl die Lehrer als die Kommunen leiden darunter. Wir wünschen die gleiche Beförderung aller und bitten um die Annahme des Antrages, was nach leistungsschwachen Schulverbänden Ergänzungszuschüsse gewährt werden können. Wir müssen einen Weg finden, um dauernd in der Lehrerbeförderung zu einem befriedigenden Resultat zu kommen, und werden der Resolution der Kommission zustimmen. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Kultusminister v. Trott zu Solz: Es ist die übereinstimmende Ansicht der Regierung und des Hauses, daß eine Lösung gefunden werden müßte, wie der übermäßigen Belastung einzelner Kommunen vorgebeugt werden kann.

Die Regierung hat eine Prüfung dieser Frage namentlich hinsichtlich der Schulkosten zugesagt.

Es ist in eine eingehende Erörterung der einschlägigen Verhältnisse eingetreten worden. Hierbei ist immer mehr in den Vordergrund getreten, daß es darauf ankommt, einen Ausgleich der Schulkosten herbeizuführen. Von allen Seiten ist anerkannt worden, wie schwierig es sei, bei diesem eine endgültige Regelung herbeizuführen. Die in der Kommission angeregte Übernahme der persönlichen Kosten auf den Staat soll nach der Begründung des Redners nur der Regierung eine Direktive geben. Ich bin nun nicht in der Lage, irgend eine Stellungnahme meinerseits anzugeben. Soweit sind die

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Seitler-Hand gedruckt von 5 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.
Von 5 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht. W. 3.- vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts 3 Pfg. mehr. — Bezugs-Verträge nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Belegstelle des Wiedens, in allen übrigen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die Belegstelle des Wiedens, in allen übrigen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die Belegstelle des Wiedens, in allen übrigen in allen Teilen der Stadt.



Abend-Preis für die Beile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Wiesbadener Abendblatt“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Kleinanzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Kleinanzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen außerordentlich billiger.

Abend-Ausgabe. Nr. 212. • 62. Jahrgang.

Donnerstag, 7. Mai 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 212. • 62. Jahrgang.

Der Kampf um die Handelshochschule.

Der Streit in der und um die Berliner Handelshochschule, der anfänglich als einigermassen belanglos, als eine interne Differenz zwischen dem Altestenkollegium einerseits und dem Leiter der Handelshochschule Professor Dr. Zastrow andererseits, hat sich allgemach zu einem Konflikt erweitert, der weit über die Grenzen der Reichshauptstadt hinaus Beachtung und Aufsehen erregt. Wir sind ja in Deutschland etwas skeptisch und misstrauisch den studentischen Demonstrationen, vor allem Demonstrationsstreiks, gegenüber und waren es in diesem Falle doppelt, weil es sich nicht um eine akademische, sondern um eine Handelshochschule handelt. Aber war man anfänglich geneigt, den Demonstranten den Rat zu geben, daß sie füglich dem Lehrkollegium der Handelshochschule auch in diesem Streit mit dem Altestenkollegium den Vortritt lassen sollten, so hat doch die nachträgliche Entwicklung, hat vor allem der Umstand, daß das gesamte Lehrkollegium der Handelshochschule die Partei Zastrow kontra Altesten der Kaufmannschaft ergriff, den streifenden Handelshochschülern recht gegeben.

In der Tat handelt es sich in diesem Fall um weit mehr, um Höheres als um die Differenz zwischen den Altesten der Berliner Kaufmannschaft, durch deren Bemühungen die Begründung der Handelshochschule ermöglicht wurde, und dem Professor Dr. Zastrow, der sich um die Organisation und die Leitung dieser Anstalt allgemein anerkannte, große Verdienste erworben hat. Aber die Differenzen im Fall Zastrow kennzeichnen zugleich den Kernpunkt des ganzen Streitfalles. Schon früher war der Vorwurf erhoben worden, daß die Organisation der Handelshochschule allzu kaufmännisch und bürokratisch sei — diese beiden anscheinend einander entgegengesetzten Begriffe schließen sich keineswegs immer aus —, und daß dem Kollegium der Altesten ein allzu großer autoritärer Einfluß auf die wissenschaftliche Leitung der Anstalt eingeräumt sei. Dies trat in erster Reihe darin zutage, daß das Dozentenkollegium der Handelshochschule bei Neuernungen von Lehrkräften entweder überhaupt nicht gefragt oder zu Gutachten aufgefordert wurde, über die man dann einfach zur Tagesordnung überging, und es zeigte sich nicht minder bei der zwar angeblich nur formellen, aber in recht wenig angemessener Form ebenfalls ohne Einberufung des Dozentenkollegiums erfolgten Kündigung des Professors Dr. Zastrow.

Mit dem Fall Zastrow fiel jetzt der Fall Ehlen zusammen, das heißt mit der Verufung des Professors

Ehlen zu einer staatswissenschaftlichen Professur an der Handelshochschule, obwohl das Dozentenkollegium dessen Qualifikation für diesen Posten ausdrücklich in Zweifel gezogen hatte. Auf diese Fälle nehmen denn auch die Vorschläge Bezug, welche von dem Dozentenkollegium dem Kollegium der Altesten gleichsam als Friedensbedingungen überreicht worden sind und die folgenden Forderungen enthalten: Einmal soll das Kündigungsrecht der Altesten, soweit es sich noch in den Verträgen mit den hauptamtlichen Dozenten befindet, gestrichen werden, und der Grundsatz der lebenslänglichen Anstellung soll auch auf Professor Zastrow Anwendung finden, zweitens sollen die Altesten sich bereit erklären, bei Bezeichnung hauptamtlicher Dozenten das Dozentenkollegium zu befragen, welche Kandidaturen es für die geeignetsten erachtet, und sie sollen sich weiter bereit erklären, „nur in zwingenden Fällen die Vorschlagsliste des Dozentenkollegiums unbeachtet zu lassen“. Endlich wurde, falls eine Einigung nicht zu erzielen sei, die Vermittlung des Handelsministeriums vorgeschlagen.

Das Altestenkollegium hat auf diese Friedensbedingungen zunächst ausweichend geantwortet, indem es die Vorschläge zwar für „eine geeignete Grundlage für eine Verständigung“ erklärte, aber der Frage Zastrow und dem Vorschlag der ministeriellen Vermittlung auswich. Die Antwort der Altesten ist, wie gemeldet, von dem Dozentenkollegium als durchaus unzulänglich bezeichnet worden. Insbesondere wurde es als Ehrenschande erklärt, „den Professor Zastrow durch „Alternativ“ gestellt, entweder auf die — wie zugegeben werden muß durchaus maßvollen — Forderungen einzugehen, oder man „werde in die Notlage veretzt sein, die Aufsichtsbehörde um ihre Mitwirkung zur Schlichtung der Angelegenheit zu bitten“. Mit dem Dozentenkollegium haben sich sämtliche Hörer der Handelshochschule solidarisch erklärt, und zweifellos steht die öffentliche Meinung — auch die in der Berliner Kaufmannschaft — durchaus auf Seiten des Dozentenkollegiums, welches nicht mit Unrecht betont, daß es keineswegs für seine persönlichen Interessen (die meisten Dozenten sind ja lebenslänglich angestellt), sondern für die Lehrfreiheit kämpft.

Man braucht gewiß diesen Streitfall nicht aufzuheben, aber es muß doch als sehr sonderbar bezeichnet werden, daß hier gerade diejenigen Kreise, die sonst so gern mit dem Schlagwort Freiheit arbeiten, auf die Handelshochschule nicht jene Grundzüge anwenden wollen, deren Verletzung bei den Universitäten von ihnen jedenfalls sehr scharf gerügt werden

würde. Aber Voraussicht nach wird auch dem Altestenkollegium zum Schluß nichts weiter übrig bleiben, als den Forderungen der Dozenten und Hörer nachzugeben. Aber seine Situation wird dadurch nicht verbessert, daß es sich erst mit Gewalt die Zugeständnisse abringen läßt, deren freiwillige Gewährung seiner Einsicht ein besseres und rühmlicheres Zeugnis ausgestellt hätte.

Die Vermittlung des Ministers notwendig?

wb. Berlin, 7. Mai. In dem Konflikt an der Handelshochschule sind die Altesten der Kaufmannschaft nicht gewillt, auch nur einen Schritt von ihrem Standpunkt abzuweichen, und den Dozenten wird nichts übrig bleiben, wie verschiedene Morgenblätter meiner, als die Vermittlung der staatlichen Aufsichtsinstanz anzurufen.

Die Heimreise des Kaiserpaares.

Der Aufenthalt in Portofino.

wb. Portofino, 6. Mai. Das Kaiserpaar ist hier gelandet, begleitet von dem deutschen Botschafter v. Platen. Die Wuff spielte die deutsche Hymne und die Menge begrüßte die Majestäten mit lebhaftem Hurra. Die Schaulustigen schrien kleine Händchen, brachten Hochs auf das Kaiserpaar aus und riefen: „Hoch Italien! Hoch Deutschland!“ Die Majestäten wurden durch den Botschafter a. D. Freiherrn Mumm v. Schwarzenstein, dessen Gäste sie sind, durch den Unterpräfekten von Chiavari, die Spitzen der Behörden und die deutsche Kolonie empfangen; sie erwiderten die Grüße mit freundlichem Lächeln und begaben sich durch die den Weg in dichten Reihen umsäumende Volkmenge nach der Villa San Giorgio des Botschafters, um dort den Tee einzunehmen. Der Ort ist prachtvoll geschmückt. Um 6 Uhr 15 Min. erfolgte die Weiterfahrt nach Genua.

wb. Genua, 6. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute abend 10 Uhr 45 Minuten mittels Sonderzugs nach Karlsruhe abgereist.

Der Aufenthalt in Karlsruhe.

wb. Karlsruhe, 6. Mai. Die „Karlsruher Zeitung“ bringt zur morgigen Ankunft des Kaiserpaares einen Begrüßungsartikel, in dem es u. a. heißt: „Die Einwohnerschaft der badischen Residenz bringt den hohen Gästen die freudigsten Willkommengröße entgegen, erblickt sie doch in diesem Besuche mit Recht einen neuen Beweis der innigen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Gefühle, durch welche die beiden Herrscherhäuser miteinander aufs engste verbunden sind. Mit aufrichtigen Wünschen wird die Bevölkerung auch die Reise des Kaiserpaares nach Braunschweig begleiten, wo am 9. Mai die Taufe des Thronerben, des jüngsten kaiserlichen Enkels stattfindet.“

Die Flottenreise nach Westafrika und Südamerika.

VIII.

Mar del Plata — Buenos-Aires — Montevideo.

Die Fahrt der Division von Rio de Janeiro aus südwärts verlief bei gutem Wetter, das uns bisher treu geblieben war, ohne Zwischenfall. Unter dem Schutze der brasilianischen Küste, bei der Ilha Grande, wurden ein paar Tage damit zugebracht, die Befahrungen in allen möglichen Abzügen wiederholt zusammenzufassen. Der Rest von Karnevalsgeboten aus Rio ging hier bei tüchtigen Exerzitien aller Art, denen man sich mit Freude hingab, aus den Köpfen. Artillerie- und Torpedoboots, Boatsdienst, Rehegerzieren usw. regierten wieder unumschränkt.

Bei der Annäherung an den großen Ba Plata, der in seiner Mündung etwa 90 bis 100 Kilometer breit ist, wurde das Wetter schlechter. Sonne und Sterne blieben aus und bei dem starken Strom, der in der Mündung herrscht, war es keine kleine Aufgabe für die Navigation, die Küste beim Kap Corrientes, 200 Kilometer südlich von Ba Plata, richtig angustieren. Am Morgen des 3. März ging es recht munter zu wehen an, und als wir mittags ein paar Seemeilen von dem Badort Mar del Plata entfernt ankamen, umgeschütt, gleichsam im offenen Ozean, stand dort eine derartige See, daß es keine Möglichkeit gab, Boote auszuheben. Man hätte das Boot und die Befahrung dabei aufs Spiel gesetzt, und es müßte unterbleiben.

Mar del Plata, eigenartig, süßig und großartig ist dieser eleganteste Badeort Argentiniens, in dem sich nur die oberen Reichtümer zusammenfinden können, da die Preise ganz enorm hoch sind. An dem schönen Badestrande hat man kunstvolle, Kilometer lange Wandelhallen gebaut, an denen die ausgesuchten Läden alles, was man dort zum Leben zu brauchen glaubt, in vollendeter Auswahl anbieten. Die Klubs und Hotels sind von ungewöhnlicher Pracht; die Gebäude strotzen von Gold und Marmor, und die Möbel entstammen den kunstvollsten und gediegensten Werkstätten Europas. — Ende Februar, mit der Beendigung des heißen Sommers, pflegt sich das Badepublikum dort zu verlaufen, diesmal aber war man bis zum 5. März geblieben, ausnehmend, lebhaft um die deutschen Schiffe zu sehen, die

seit Wochen das Tagesgespräch bildeten, und die Festlichkeiten zu besuchen, die den deutschen Offizieren zu Ehren gegeben werden sollten. So fanden neben gewählten Frühstücken, reichen Dinners und Soupers Bälle statt, auf denen ein in Europa in solcher Fülle und Pracht höchst seltener Luxus an Toiletten, Schmiede, Edelsteinen zur Schau getragen wurde — vortreffliche Kapellen gaben Konzerte von Wagner- und Beethoven-Werken —, alle Mousettes waren in festlich geschmückten Sälen in Betrieb, kurz, es herrschte eine überwältigende Pracht und Herrlichkeit.

So hat man uns nacheinander in Buenos-Aires erzählt. Denn wir lagen drei graue Sturm- und Regentage vier Seemeilen vor der Küste in schäumender See und konnten keinen Fuß ans Land setzen, nicht einmal Semmeln von Land bekommen. Während sich jene rauschenden Feste für uns an Land abspielten, wurde aus Langeweile an Bord Geschicklichkeitstriebe und mit langen Augen nach der Brandung an Land hindübergeschaut. „Um solches Wetter zu haben, brauchen wir nicht aus der Jademündung herauszugehen“, sagten die Herren Leutnants. Unverrückter Sache sind wir am 5. März nachmittags nach Montevideo und Buenos-Aires in See gegangen.

Des Tiefganges halber konnten, sehr zu ihrem Bedauern, die Linienfahrzeuge nicht nach Buenos-Aires hinauffahren, sondern mußten meilenweit vor Montevideo liegen bleiben; nur die „Strahburg“ konnte nach Buenos-Aires hinauf und dort in den Hafen gehen. Aber man hatte einen Dampferdienst nach dieser Hauptstadt Argentiniens eingerichtet, und die Offiziere und einzelne Urlauber konnten abends aus dem uruguayischen Montevideo abfahren, am frühen Morgen in Buenos-Aires aussteigen, um diese moderne Metropole, deren rasche Entwicklung höchst interessant ist, in Augenschein nehmen.

Die Zahl der Deutschen in Argentinien und speziell in Buenos-Aires ist im Verhältnis zu anderen Nationalitäten, besonders den romanischen, gering. Dennoch hat man den Eindruck, daß im Wirtschaftsleben Argentiniens die Deutschen eine sehr große und wichtige Rolle spielen. In den Hauptgeschäftszentren sieht man allwärts Namen deutscher Firmen, und namentlich große deutsche Handelshäuser für Lebensmittel haben den besten Ruf im Lande. Leider hat man auch hier häufig das Bild, daß in der dritten, oft schon der zweiten Generation der Übergang vom Deutschen zum Argentinier sich vollständig vollzieht. Namentlich die Geirat

mit einer Einheimischen hat naturgemäß sehr leicht zur Folge, daß die Kinder schon in der Hauptsache Spanisch sprechen, wenn es der Vater nicht mit großer, stets wacher Willenskraft verhindert — und dazu fehlt dann oft die Zeit oder auch die Kraft — es ist so praktisch, wenn die Kinder doch allem so gut Spanisch sprechen.

Über der Heimatstube, die Vaterlandsliebe, ist doch meist, wenn auch latent, vorhanden, und es gibt kein besseres Mittel, sie hervorzurufen aus ihrem Dämmerdasein und hell aufleuchten zu lassen, als so einen aufsehenerregenden Besuch deutscher Schiffe. Das ist ja ein vollständiges Bild deutscher Heimat, was da zu den Leuten im Auslande kommt, die vielleicht zum Teil jahrzehntelang nicht zu Hause gewesen sind und schon fast abgeschlossen haben mit den Erinnerungen an die Heimat.

Hier in Buenos-Aires, dieser Weltstadt, die ein Sammelpunkt aller Bevölkerungsklassen, aller Berufe und aller Nationen ist, ist es besonders überaus schön und erfreulich zu sehen, wie die Anwesenheit der deutschen Kriegsschiffe zieht, wie die deutsche Kolonie answillt und sich reißlos in ungeahnten Scharen versammelt, um die Schiffe zu besuchen, Offiziere und Mannschaften aufzusuchen, alte Beziehungen anzubringen und aufzuspüren oder neue zu finden.

Die Aufnahme seitens der deutschen Kolonie war planzend. Der deutsche Klub, der deutsche Kriegerverein, der deutsche Ruderverein, der Männergesangsverein, sie alle eiferten, den deutschen Seeleuten ihre Freude über ihr Kommen zu bezeugen. Schier endlos und die wenigen Tage bis zur letzten Minute ausfüllend war das Programm der geplanten Festlichkeiten, Ausflüge und Zusammenkünfte und unverhältnismäßig klein erschienen Offizierskorps und Mannschaft der „Strahburg“, um die Division zu repräsentieren, von der sie der Kapzahl nach nur etwa den sechsten Teil darstellen. Auf der 120 Seemeilen langen Straße Montevideo-Buenos-Aires entwickelte sich denn auch ein lebhafter Verkehr her und hin. Wer es von den deutschen Offizieren irgend ermöglichen konnte, fuhr mit den schönen Dampfern der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft hin- und nach Buenos-Aires.

Da wurden die riesigen Hafenanlagen beschäftigt mit dem hochinteressanten, enormen Schiffs- und Wehrbetriebe, der Rind- und Hammelfleisch zur Ausfuhr nach England und neuerdings sogar in die Vereinigten Staaten von Nordamerika ausbeutet; in Herden aus Tausenden drängen sich die

Der mexikanische Konflikt.

Vom Kriegsschauplatz bei Veracruz.

* New York, 7. Mai. Das Kriegsdepartement erteilt dem Oberkommandierenden General Funston in Veracruz Orde, seine Stellung in Veracruz soweit auszuweiten, wie es für notwendig halte. Hierdurch bekommt Funston freie Hand. Es verlautet, daß die amerikanischen Linien unverzüglich vorgerückt sind und mächtige Verschanzungen aufweisen, um sich auf einen mexikanischen Angriff gegen die Waffensysteme von El Estero vorzubereiten. Admiral Razo berichtet, daß Villa mit Verstärkungen für die Konstitutionalisten im Anmarsch begriffen und entschlossen sei, Tampico zu nehmen und niederzubrennen.

Brückenerstörungen bei Veracruz.

wh. Veracruz, 6. Mai. Es sind hier Nachrichten eingelaufen, daß die San Francisco-Brücke und eine kleinere, näher bei Veracruz gelegene Brücke durch Dynamit zerstört worden sind. Soweit bekannt, ist in Soledad die Brücke unbeschädigt, doch sind auch dort Minen gelegt.

Verstärkende Flucht Huertaa?

* Paris, 7. Mai. Dem „Temps“ wird von seinem Korrespondenten aus New York gemeldet, daß dort aus Veracruz eingetroffene Nachrichten von geheimnisvollen Vorgängen zu berichten wissen, die auf einem von den im Hafen liegenden Kriegsschiffen getroffen werden. Es heißt, daß diese Vorbereitungen dazu dienen, eine hohe mexikanische Persönlichkeit einzuschleusen. Man nimmt an, daß diese Persönlichkeit niemand anders als Präsident Huerta selbst ist.

Die Verhandlungen.

wh. Washington, 6. Mai. Nach einer Konferenz zwischen Bryan und den Vertretern der U. S. Staaten wurde mitgeteilt, daß man sich endgültig entschlossen habe, ohne Carranza die Verhandlungen fortzuführen. Augenscheinlich wird der Wechsel in Carranzas Verhalten äußerst zweifelhaft angesehen.

Schutz der Dampfer.

wh. Washington, 7. Mai. Vertreter der englischen und amerikanischen Interessenten in Mexiko haben Staatssekretär Bryan aufgesucht und ihn gebeten, eine schriftliche Zusicherung von den Bundesstruppen und den Konstitutionalisten zu verlangen, daß die Dampfer um Tampico und besonders im Turpan-Bezirk nicht beschädigt werden würden.

Eine Verhandlung im amerikanischen Senat.

wh. Washington, 7. Mai. Im Senat unterstrich Lippett eine Resolution, in der Präsident Wilson aufgefordert wird, zu erklären, ob es seine Pflicht sei, dem General Villa dazu zu verhelfen, der zukünftige Herrscher Mexikos zu werden. Er griff die mexikanische Politik der Regierung heftig an und erklärte, der Juvet der Einbringung der Resolution wäre, Wilson Gelegenheit zu geben zur Klärung der Unterstellung, daß die Vereinigten Staaten dem verbrecherischen Villa verhelfen hätten. Der Senator Stone gab deutlich zu verstehen, daß die Regierung geneigt sei, Carranza und Villa ihre Kämpfe gegen Huerta aussetzen zu lassen, und deutete an, daß sie, wenn sie so fortführen und wie jetzt vorgehen, von den Vereinigten Staaten nicht angegriffen werden würden.

Die Frage der Revision des Seekriegsrechts im Unterhaus.

wh. London, 7. Mai. In der gestrigen Abend Sitzung brachte Morrell eine Resolution ein, in welcher der Ansicht Ausdruck gegeben wird, es sei wünschenswert, daß die britische Regierung mit den führenden Seemächten in Verhandlungen eintrete, um die Revision des Seekriegsrechts dahin zu erzielen, daß die Unverletzlichkeit allen Privateigentums gesichert werde mit Ausnahme der Fälle, in denen die Schiffe Kriegsmaterial führen oder Blockade brechen. Am Schluß der Sitzung gab Staatssekretär Grey über die Frage seiner Antwort eine wichtige Erklärung ab, die eine Änderung in der Haltung der britischen Regierung andeutet und entwarf die Bedingungen, unter denen die

Regierung bereit ist, die Vorschläge der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Erwägung zu ziehen. Es pflegt angenommen zu werden, daß die anderen Nationen des Kontinents nur auf ein Wort von uns in dieser Frage warten, um ihre Flottenausgaben herabzusetzen. Dies pflegt insbesondere mit Bezug auf Deutschland angewendet zu werden. Während die gegenwärtige Regierung im Amt ist, hat sie niemals die geringste Andeutung von irgendeiner kontinentalen Macht und sicherlich nicht von der deutschen Regierung erhalten, daß ihre Flottenausgaben in irgendeiner Weise verknüpft seien mit der Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See. Kein anderes Land ist zu uns gekommen, um zu sagen: Wenn ihr dem zustimmt, wird es uns in die Lage versetzen, die Flottenausgaben zu verringern. Wenn dies Erfolg gehabt hätte, hätten wir ohne Zweifel Andeutungen bekommen. Meine eigene Ansicht geht dahin, daß tatsächlich nichts, was wir durch eine Änderung der Gesetze oder der diesbezüglichen Bestimmungen tun können, einen wirklich sehr wesentlichen Erfolg haben wird, was die Ausgaben des Krieges oder der Rüstungsausgaben betrifft, eins ausgenommen: Das ist der zunehmende Glaube bei den großen Nationen, daß sie von guten Absichten gegeneinander beseelt sind. (Beifall.) Wenn wir bloß zu einem glücklichen Stand der Dinge gelangen können, der von Zeit zu Zeit ohne ein Bündnis oder verbindende Verpflichtungen zwischen den einzelnen Mächten mit den glücklichsten Ergebnissen erreicht wird, würden wir, wie ich glaube, bestrebt sein, nach einer solchen Besserung in dem Aufwand der Rüstungen zu sehen. Bevor sie nicht zu irgendeiner Änderung in dieser Art gelangen, werden sie nach meiner Ansicht es auch nicht erreichen, daß die Flottengesetze der fremden Mächte durch dieses oder irgend ein anderes ähnliches Abkommen geändert werden. Grey ging dann zur Frage des überseeischen Handels über und führte aus, warum England auf dem Recht der Blockade bestehe. Im Hinblick auf einen Konflikt mit dem Eigentum auf hoher See glaube ich nicht, daß es unserem Interesse entspricht, als Vorkämpfer für die Erhaltung dieses Rechtes aufzutreten. Meine eigene Ansicht ist, daß kein Grund vorliegt, warum wir als das Haupthindernis für die Beseitigung dieses Rechtes bei der nächsten Haager Konferenz erscheinen sollen. Grey schloß, er könne den Antrag Morrells, dem zufolge die Regierung die Verhandlungen mit den fremden Ländern einleiten müßte, nicht annehmen. Die Regierung müsse erst Zeit haben, die Bedingungen auszuarbeiten, unter denen sie zu einer Verhandlung bereit wäre. Er hoffe zuversichtlich, daß dies in einem Jahre der Fall sein werde. Ich wünsche, sagte Grey, ich möchte dahin verstanden werden, daß wir Bedingungen haben müssen. Ich werde bereit sein, so daß wir bei der nächsten Gelegenheit, wenn das Thema angeregt wird, eine Unterhandlung nicht abzulehnen brauchen, sondern daß wir selbst vorgehen werden mit den gegenwärtigen Bedingungen, die, wie wir glauben, wesentlich sind. — Die Debatte wurde darauf auf unbestimmte Zeit vertagt.

Politische Übersicht.

Der auswärtige Etat.

O Berlin, 6. Mai.

Die Sinausschiebung der Beratung über den Etat des Auswärtigen Amtes im Reichstag war das Ergebnis einer Besprechung zwischen einem Vertreter des Reichstages und dem Präsidenten des Reichstages. Mitbestimmung für die Verschiebung war die Erwägung, daß, wenn die zweite Lesung dieses Etats schon an diesem Dienstag begonnen hätte, der längere Zeitraum bis zur dritten Lesung die Wahrscheinlichkeit einer ausgedehnten Wiederholung der Verhandlungen nahegelegt haben würde. Mit Rücksicht auf die bedrängte Geschäftsloge des Hauses schien es deshalb empfehlenswert, die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes möglichst nahe an die dritte Lesung des Etats heranzuziehen, also es praktisch betrachtet, bei einer einzigen Debatte bewenden zu lassen. Man muß diese Gründe selbstverständlich auch im Reichstag, vielmehr gerade hier

fennen, und es ist deshalb wenig wahrscheinlich, daß, wie ein hiesiges Blatt zu berichten weiß, in Abgeordnetenkreisen die Vertagung der Verhandlungen über die auswärtige Politik in Zusammenhang gebracht wird mit dem Umstande, daß Sasonow vor kurzem in Livadia gewesen ist und sich dort die Genehmigung des Zaren geholt hat, in der Duma Ausführungen über die auswärtige Politik Russlands zu machen. Die Vermutung, daß der Reichskanzler diese Ausführungen habe abwarten wollen, ist nach Lage der Sache eine bloße Kombination. Sie muß schon darum sein, weil sich doch in keiner Weise sagen läßt, wann Herr Sasonow seine angekündigten Mitteilungen machen wird. Die Geschäftslage im Reichstag kann wohl nicht von unbestimmten Möglichkeiten in einem anderen Parlamente abhängig gemacht werden.

Schluß oder Vertagung.

In Reichstagskreisen erhält sich, wie wir schon mel-
den, die Auffassung, daß der Reichstag, dessen Verhandlungen man übrigens nach Möglichkeit bis zum 16. Mai abschließen will, diesmal nicht vertagt, sondern geschlossen werden wird. Die Verhandlungen der gestrigen Sitzung des Seniorenkongresses, dem zwar positive Mitteilungen von Seiten der Regierung noch immer nicht vorlagen, haben noch dazu beigetragen, jene Auffassung zu verstärken. Wenn die Session tatsächlich geschlossen wird, so fallen damit alle die zahlreichen noch nicht erledigten Gelegenheitsurteile unter den Tisch; und wenn die Regierung wirklich glauben sollte, mit diesem Schluß der Session die Abgeordneten zu „strafen“, weil sie ihr nicht brav genug gewesen sind, so würde sie doch weit eher das deutsche Volk strafen; denn die vielen vorgelegten Entwürfe sind doch wohl im Interesse des Volkes gemacht! Der Schluß der Session bei der vorhandenen Geschäftslage würde den Eindruck einer engherzigen Rabelschickpolitik und eines Mangels an Sachlichkeit hervorrufen und zwar den Reichstag nicht weiter fränken, aber ein um so bezeichnenderes Licht auf die Regierung des Herrn v. Bethmann-Sollweg werfen.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Graf Herzog von Baden hat dem „Staatsanwalter“ zufolge dem preussischen Generalleutnant a. D. Freiherrn v. d. Goltz das Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen.

Die Herzogin Thora von Cumberland hat sich gestern Abend von Wien zu den Tauffeierlichkeiten nach Braunsberg begeben.

In einem Berliner Privatbureau verstarb der künftige bayerische Hofbankier Angelus v. Waffermann aus Bamberg.

Domchorleiter und Stifftschorleiter Redes, Komponist von Chormusik, ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

* Das Ergebnis des Wehrbeitrags in Schlesien. Der Wehrbeitrag aus der gesamten Provinz Schlesien beträgt 57 272 830 M. Der Regierungsbezirk Breslau bringt davon 26 276 415 M., der Bezirk Liegnitz 13 971 415 M., der Bezirk Oppeln 17 880 000 M. auf.

* Zur Eröffnung der Bura. Am 6. Uhr Abends (vergl. Bericht in der heutigen Morgen-Ausgabe) fand im königlichen Palais Tafel statt, an der Prinz Johann Georg teilnahm. Ferner waren u. a. geladen die Staatssekretäre Dr. Delbück und Dr. Goltz, sämtliche sächsische Minister, die in Dresden beglaubigten Gesandten, das Direktorium der Ausstellung sowie die Regierungskommissare und Vertreter der Wissenschaften.

— Kirchliches Wahlrecht für Frauen. Die Breslauer Kreisynode trat gestern mit großer Mehrheit für die Verleihung des aktiven kirchlichen Wahlrechts an selbständige Frauen ein. Auch Oberpräsident Dr. Schimmelpenninck unterstützte warm den Antrag, den nur die extremen Orthodoxen bekämpften.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Am Sonntag fanden zum 16. Male in Köln die von dem verstorbenen Postrat Fahrenbach ins Leben gerufenen Kölner Blumenstücke in Anwesenheit der Epiken der Schöben statt. Blumenkönigin war in Vertretung der Königin von Spanien die Gemahlin des Komfals de Afis Caballero (Frankfurt a. M.). Oberbürgermeister Ballas, der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Fahrenbachstiftung, gab bekannt, daß von den 8500 M. der diesjährigen Einnahmen der Fahrenbachstiftung 1000 M. schuldungsgemäß Kölner Schriftstellern, der Rest anderen Schriftstellern, u. a. Karl Köhler (Großlichtersdorf), Georg Busse-Palma (Berlin) und Rudolf v. Delius (Wilmersdorf) zugewendet werden.

Wissenschaft und Technik. Professor Dr. Leopold Rosenkhaler, Privatdozent an der Universität Straßburg i. El., wurde zum Beginn dieses Sommersemesters zum a. o. Professor für gerichtliche Chemie und Pharmakologie in der medizinischen Fakultät der Universität Bern als Nachfolger von Professor Dr. Oesterle ernannt.

Die diesjährige achte Jahresversammlung der Gesellschaft Deutscher Nervenärzte wird in Gemeinschaft mit der Versammlung der Schweizerischen Neurologischen Gesellschaft am 5. September in Bern abgehalten werden, und zwar vor der Tagung des Internationalen Kongresses für Neurologie, Psychiatrie und Psychologie (Bern, 7. bis 12. September 1914).

Eine bemerkenswerte Erfindung, die geeignet ist, eine bedeutende Umwälzung auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie hervorgerufen, soll dem „Den“ zufolge einem russischen Marineoffizier gegliedert sein. Demnach hat ein Kapitän Stark einen radiotelegraphischen Apparat erfunden, der das Depeschengeheimnis vollkommen sichern soll.

deutsche Schulkinder unter Begleitung einzelner Angehöriger, Lehrer oder der Eltern am 18. früh zu den Schiffen brachte. Die Begeisterung der Jungen zu sehen war eine helle Freude; auf der nächsten Fahrt den La Plata hinunter zu den mächtigen deutschen Kriegsschiffen hat kaum einer von ihnen ein Auge zugehen. Und vergessen werden die Jungen diesen Gruß aus der Heimat, dieses Zeugnis deutscher Kriegsfähigkeit und Tüchtigkeit nicht; das war einmal etwas anderes von ihrem fernem, den meisten noch unbekannten deutschen Vaterlande, als nur immer Grüße, Erzählungen, Bilder. Das war handgreifliche, überzeugende deutsche Größe und Macht. Die kräftigen Purras und das endlose Lärmschwallen beim Abschied sagten es deutlich genug, welchen großen Eindruck die Schiffe auf dem La Plata gemacht haben.

W. T. B.

Aus Kunst und Leben.

— Königl. Schauspiele. In der Oper „Mignon“ von A. Thomas gastierte gestern Fräulein Lola Arltz de Padilla (aus Berlin) in der Titelrolle. Sie darf als eine der besten Vertreterinnen dieser Partie gelten, deren französische Lyrik sie mit deutscher Gefühlswärme zu durchdringen weiß. Die Stimme, mehr durch Weichheit und Rundung als durch Kraft und Größe hervorstechend, ist äußerst tragfähig und musterhaft geschult; wie das alles schon bei dem ersten Auftreten der Sängerin in dieser Partie, und seitdem wiederholt, an dieser Stelle anerkannt worden ist. Die Darstellung — das reiche Rienenpiel und besonders auch das ausdrucksvolle Spiel der Hände — wird durch die jugendliche schlank Gestalt der Künstlerin aufs Beste unterstützt. So war die gesamte amüsante Erscheinung und Wiedergabe dem sondersbar ästhetischen Wesen einer Mignon trefflich angepaßt. Die gesangsdramatische Ausführung blieb überall temperamentsvoll und überzeugend. Der schone englische Ausdruck im ersten Akt; der zu effektvoller Schwung gesteigerte Vortrag der Romane „Kennst du das Land“; die feinsinnig-schwärmerischen Momente im „Schwalbenlied“ — alles war fein und kunstreich ausgearbeitet. Weiterhin ist dann besonders noch die „Spiegel-Szene“ mit der feurig empfundenen „Ariolante“ hervorzuheben: eine im besten Sinne virtuose Leistung! Fräulein Arltz wurde vom Publikum durch sehr warmen Beifall ausgezeichnet. Nicht ohne Interesse folgte man auch der Darbietung der gestern nur ausübungsweise gastierenden Fräulein Lucy Gates (vom Hoftheater zu Kassel);

Kindern in den weiten, gedeckten Koppeln am Hafen, von dem die Pforte des Todes in das Schlachthaus führt. 55 Minuten nachdem er sie ahnungslos schweißbedeckt durchschritten, hängt der Ochse sauber abgehäutet in vier appetitlichen Vierteln, die in weiße Säckchen eingewickelt sind, im Chilling-Room, während jedes unscheinbare Teilchen seines Körpers in irgend einem Spezialbetriebe der Sonderbearbeitung harzt; und Tausende von Kindern und Hommes fallen täglich unter den Streichen der Messer. — Die Kraftquelle für diese Riesenbetriebe ebenso wie für Beleuchtung der Stadt, elektrische Straßenbahn usw. liefern die Riesenmaschinen der A. E. G., die von deutschen Direktoren geleitet und von deutschen Ingenieuren gebaut, besonders gern gezeigt und besucht wurde. Stellt doch dieses Elektrizitätswerk draußen vor Buenos-Aires den größten deutschen Industriebetrieb im Ausland dar, und mit Stolz bekennt man als Deutscher den tadellos arrangierten, organisierten und geleiteten Betrieb. — Unerkennbar hoch sind die Mieten in Buenos-Aires, eine monatliche Miete von 1000 Pesos, das sind 1800 Mark, ist keine Seltenheit; so wohnt, wer irgend kann, fern vom Geklimmel in einem der reizenden Vororte. Und wer morgens in der Woche gegen 9 Uhr zwischen den in Gärten gelegenen Häusern des Vorortes Belgrano nach dem Bahnhof geht, wird glauben, in einem deutschen Vororte einer Großstadt zu sein — denn allenthalben hört er nur deutsches Wort und deutschen Gruß.

Auch in Montevideo sind unsere Schiffe mit der größten Freude und Liebenswürdigkeit aufgenommen worden. Es war überraschend zu sehen, wie außerordentlich viel die an sich kleine deutsche Kolonie in der uruguayischen Hauptstadt für das Deutschland leistet, wie sie es sich hat angelegen sein lassen, in der Errichtung und guten Erhaltung einer deutschen Kirche, Schule, eines Hospitals dem Deutschland dort Nachhilfe zu leisten und den Südamerikanern auch dort Beispiele deutscher Zuverlässigkeit und deutschen Fleißes zu geben. Die herzliche Aufnahme seitens der Deutschen dort wird stets nicht vergessen bleiben.

Von Buenos-Aires aus sind große Dampfer gechartert, aber zur Verfügung gestellt worden zur Beförderung der Linienfähren vor Montevideo, die nicht hinaufkommen konnten, und alle diese Besuche haben mit großer Befriedigung und Begeisterung geendet. Nachdem verschiedene Vereine den deutschen Seeleuten Besuche abgestattet hatten, rüstete der Lloyd am 12. März einen großen Dampfer, der etwa 600

* **Bestimmung eines sozialdemokratischen Stadtverordneten.** Bei einem Streik in Charlottenburg ist es zu einem Konflikt mit der Polizei gekommen und mehrere Personen, darunter den sozialdemokratischen Stadtverordneten Richter, festgenommen. Die Sozialdemokraten brachten gestern in der Stadtverordneten-Versammlung eine Interpellation ein, wie der Magistrat die Bürger gegen ein derartiges Vorgehen der Polizei zu schützen gedenkt. Eine Besprechung der Interpellation soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung stattfinden. Der verhaftete Stadtverordnete ist inzwischen wieder freigelassen worden.

* **Schon wieder ein englischer Fischräuber aufgebracht.** Der Fischereikreuzer „Pieten“, der zum Schutze der Fischerei kreuzte, hat gestern nachmittag nördlich von Nordey den englischen Fischdampfer „G. V. 1120“ aus Grimsby aufgegriffen, der in einem verbotenen Gebiete fischte. Der Kreuzer traf mit ihm gestern abend in Wilhelmshaven ein.

* **Die Maul- und Klauenseuche auf einer Mastviehauktion.** In der 28. Mastviehauktion Berlin ist unter den Rindern die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Infolgedessen hat man gestern die Auktions-Abteilung für Rinder geschlossen. Die Abteilungen der übrigen Tierarten werden davon nicht betroffen.

* **Eine Abordnung englischer Arbeiter beim Reichslangler.** Eine Abordnung der nach Berlin kommenden englischen Arbeiter und Angestellten dürfte am 20. d. M. auch durch den Reichslangler empfangen werden.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen (vergl. Drahtbericht in der gestrigen Abend-Ausgabe) teilte zum Etat der allgemeinen Einzelverwaltung der Berichterstatter mit, daß die Einnahmen für 1913 wesentlich hinter dem Vorschlag zurückgeblieben seien, und daß man auch den Etatsantrag für 1914 kaum erreichen werde. Erwünscht wäre eine Mitteilung zu der Zeitungsmeldung, wonach einige ausländische Staaten Gegenmaßnahmen gegen die geplante Besteuerung ausländischer Weine beabsichtigen. Der Reichsschatzsekretär teilte mit, daß der Gesandtschaft für die Besteuerung von Auslandsweinen alle Stadien der Vorbereitung durchlaufen habe, so daß nur noch die Beschlußfassung des Bundesrats ausstehe. Dem Reichstag werde bald eine Vorlage über die Zollverwaltungskosten der Bundesstaaten zugehen. Der Staatssekretär will eine Übersicht über die Zolleingänge dem Kommissionsbericht beifügen. Auf eine Anfrage bemerkte er zu den Nachrichten über ein Herrenten- und Zündwarenmonopol, daß die Verwaltung alle in der Presse auftauchenden Steuerentwürfe prüfe. Ein Zündwarenmonopol sei aber von den Regierungen nicht in eingehende Beratungen gezogen worden. Zum Wehrbeitrag betonte der Reichsschatzsekretär, daß das Schahamt immer darauf gedrungen habe, dem Generalpardon möglichst weite Ausdehnung zu geben. Gegen die Veranlagung von Ausländern zum Wehrbeitrag sind nach seiner Kenntnis von ausländischen Staaten keine Vorstellungen erhoben worden. Das Ergebnis des Wehrbeitrags steht noch nicht fest. Die Notizen über Überschüsse kommen nicht aus dem Schahamt und sind wohl zu optimistisch. Nach den bisherigen wenigen Eingängen einzelstaatlicher Gesamtberechnungen darf auf nicht mehr als 1200 Millionen Mark gerechnet werden, so daß also keine Kürzung der dritten Rate in Aussicht steht. Ein Regierungskommissar bemerkte bezüglich des Generalpardons noch, daß ihn ein lediglich durch Aktenvermerk in Aussicht genommenes Strafverfahren nicht ausschließe. Die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats haben nur den Sinn, daß eine der Behörde schon früher bekannt gewordene und völlig klar liegende Defraudation nicht mehr durch den Pardon gedeckt werden könne. Beim Etat der Reichsschulden kam eine staatsrechtliche Streitfrage zur Besprechung. Es handelte sich um Abstriche von Bauteilen, die aus dem Wehrbeitrag bestritten werden sollen, und um die Frage, wie man diese Abstriche zu statifizieren hat. Von einer Seite wurde der direkte Abzug vom Wehrbeitrag vorgeschlagen, von anderer Seite die Schaffung eines besonderen Titels empfohlen. Der Staatssekretär befürwortete das letztere. Er ging davon aus, daß unter allen Umständen ein etwaiger Wehrbeitrag bis zu 1200 Millionen Mark für das Reich verwendet werden solle. Der Antrag auf Schaffung eines besonderen Titels wurde einstimmig angenommen. Bei den zurückgestellten Titeln aus dem Postetat, so weit sie Befoldungsfragen betreffen, wurde ein Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen, der für die Bureaubeamten der Postverwaltung die vorgesehene Zulage pensionsfähig macht, trotzdem die Regierung gegen den Antrag dieselben Bedenken äußerte, wie gegen die Befoldungsvorlage. Ferner wurde ein Antrag auf Vermehrung der Zahl der Direktoren bei der Postverwaltung um 50 angenommen, nachdem der Reichsschatzsekretär sich damit einverstanden erklärt hatte. Die übrigen Titel wurden ebenfalls angenommen, ebenso die restlichen Titel des Etats der Eisenbahnverwaltung.

* **Die Rücklagen der Berufsgenossenschaften.** Die 20. Reichs-Lagekommission trat am Mittwoch zur Beratung der Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften zusammen. Ein Regierungsvertreter lehnte die Zuziehung von Sachverständigen ab. Von sachkundiger Seite sei die in der Denkschrift geäußerte Kritik widerlegt worden. Es folge eine sehr eingehende Erörterung über die Denkschrift. Das Ergebnis der Erörterung war aber der Beschluß, dem Plenum des Reichstags zu empfehlen, eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücklagen der Berufsgenossenschaften nicht vorzunehmen.

* **Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses** beriet den Entwurf eines Eisenbahnanleihegesetzes. Nach der Regierungsvorlage wurden zunächst bewilligt 8 794 000 M. zur Beschaffung von Fahrzeugen infolge des Baues der angeforderten Haupt- und Nebenbahnen, 173,2 Millionen zur Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Staatsbahnen, 6,5 Millionen zur weiteren Förderung des Baues von Nebenbahnen. Die Deduktion der Mittel für die vorgesehenen Bauausführungen, Beschaffungen usw. soll erfolgen unter Mitverwendung von 884 000 M. Baukostenzuschüsse der Beteiligten und von 23 Millionen als von der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung zu zahlenden Kaufpreises für die Eisenbahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven durch Ausgabe von Staatsschuldverschreibungen, bezw. Schahamweisungen in Höhe von 482 547 000 M. Der Minister erklärte, daß die Frage der Automobilität für die Staatsverwaltung noch nicht geklärt sei. Zu einer allgemeinen Anwendung dieses Verkehrsmittels werde man schwerlich kommen. — Am traten zwei Mitglieder der Kommission bet-

die auf Grund ihrer Erfahrungen mitteilten, daß ein irgend erheblicher Nutzen für Personen- und Güterverkehre ausgeblieben sei, daß vielmehr schlechte finanzielle Resultate sich ergeben hätten. Darauf wurden nach der Vorlage die Anforderungen zur Herstellung von Haupt-, bezw. Nebenbahnen, von zweiten und weiteren Gleisen usw. für Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg und Pommern genehmigt. Bezüglich der Nebenbahnen Wormditt-Schlöbitten und Gersd-Bienfelde wurden zwei entgegenstehende Petitionen durch Genehmigung der Vorlage der Regierung als erledigt erklärt. Weiter wurden genehmigt die entsprechenden Forderungen für Posen und Schlesien, unter Aussetzung der Behandlung der hier einschlägigen Petitionen. Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg, betreffend Übergang der Wilhelmshaven-Oldenburger Eisenbahn in das Eigentum des oldenburgischen Staates, wurde angenommen. — Die Petitionen wurden teils als Material überwiesen, teils als durch die Beschlußfassung erledigt erklärt.

* **Die Vertagung des preussischen Landtags.** Die Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses sind übereingekommen, noch vor Pfingsten die Sitzungen zu vertagen. Neben dem Haushaltsplan soll die Befoldungsnovelle in der Regierungsvorlage verabschiedet werden und das Fideikommissgesetz und das Fischereigesetz in erster Lesung beraten werden. Im Juni werden fünf große Ausschüsse tagen, um die wichtigsten Gesetze in erster Lesung zu beraten. — Das Herrenhaus will ebenfalls den gesamten Stoff vor Pfingsten aufarbeiten. Die Sitzungen sollen bis zum 8. Oktober vertagt werden.

* **Am Tode des Landtagsabgeordneten Deder.** Für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Deder fand gestern vormittag, am Begräbnistag, in der St. Klementskirche in Berlin ein Trauergottesdienst statt. Der Messe, die Abg. Prof. Wildermann geleitete, wohnte nahezu die ganze Landtagsfraktion des Zentrums bei.

Heer und Flotte.

* **Personal-Veränderungen.** Lüders, Leut. im Inf.-Regt. Hessen-Darmstadt Nr. 186, vom 8. Mai 1914 ab unter Entbindung von dem Kommando zur Dienstleistung bei der Landesaufnahme bis auf weiteres zur Dienstleistung beim Reichs-Kolonialamt kommandiert.

* **Ordens-Verleihungen.** Dem Stern zum Königlich Kronenorden zweiter Klasse erhielt Gen.-Maj. a. D. Blod, bisher Kommandant von Bütz.

* **Die vier Schulkreuzer** haben ihre Dotation beendet und rüsten für die neue Auslandsreise aus. Jedes Schiff nimmt in diesem Jahre 74 bis 76 Seeladetten und fast 30 Schiffsjungen an Bord. Wenn der See- und Deckoffiziersstab künftig noch gesteigert werden soll, wird die Indienststellung eines fünften Schulkreuzers erforderlich sein. Die Marine besitzt nur ein dafür geeignetes Schiff, die „Fregata“, das die einzige Reserve bildet. In diesem Jahre geben „Vineia“ und „Pecta“ nach dem Mittelmeer, „Victoria Luise“ und „Janja“ nach Westindien.

* **Das zweite Dok- und Geleitschiff für Unterseeboote** soll auf der Kaiserlichen Werft in Danzig erbaut werden.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

* **Die auswärtige Politik in der Delegation.** Budapest, 6. Mai. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation hat heute seine Verhandlungen über das Budget des Ministeriums des Äußeren begonnen. Der Berichterstatter, Marquis Baquedem, hob die innigere Gestaltung des Dreibundes hervor, welcher sich neuerlich als Schutz des Friedens und der Interessen Österreichs bewährt habe. Das Vorurteil in England sei geschwunden und es beginne sich wieder die alte traditionelle Freundschaft mit der Monarchie durchzusetzen. — Varenteiler begrüßte die Annäherung zwischen Deutschland und England, deren wirklicher Eintritt die Margenröte einer neuen politischen Zeit wäre. Der Redner bemerkte weiter, er würde wünschen, daß das Verhältnis zu Rußland tatsächlich so wäre, wie es im Exposé geschildert wird.

* **Die Auswanderungsschiffe.** Wien, 7. Mai. Der amerikanische Botschafter Penfield erschien gestern im Auswärtigen Amt und ersuchte um beschleunigte Erledigung der Angelegenheit Klimanns. Bekanntlich war dieser ehemalige Vertreter der Canadian Pacific Company, der die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, vor 7 Monaten unter der Anschuldigung verhaftet worden, durch seine Agenten die Auswanderung Militärschlichter aus Österreich gefördert zu haben. Nach vier Wochen mußte er gegen Hinterlegung einer Bürgschaft von 150 000 Kronen auf freien Fuß gesetzt. Der Botschafter ersuchte, die Sache endlich anzuschließen.

Frankreich.

* **Wegen Stills einer deutschen Flagge vor Gericht.** Paris, 7. Mai. Aus Toul wird gemeldet, daß sich der ehemalige Magistratsbeamte Foisch vor der Strafammer zu verantworten hat, weil er vor einigen Wochen aus dem Fenster seiner Wohnung eine deutsche Flagge entfaltete hatte, was zu Ruhestörungen Anlaß gab. Das Urteil wird in den nächsten Tagen gefällt werden.

* **Eine Freundin der Kaiserin Eugenie gestorben.** Paris, 6. Mai. Die Gräfin Edmond de Pourtalès, geb. de Bassieres, eine persönliche Freundin der Kaiserin Eugenie, die auch in Robertbau bei Strassburg eine größere Besitzung hatte, ist heute im Alter von 78 Jahren plötzlich gestorben.

* **Die Maßregelung der royalistischen Husarenleutnants.** Paris, 6. Mai. Der Unterrichtsminister Viviani, der an Stelle des in Algerien weilenden Rouleus interimistisch das Kriegsministerium leitet, hat durch den Präsidenten der Republik einen Erlaß unterzeichnen lassen, durch welchen die Leutnants Wienne und Giron im 2. Husaren-Regiment in Verdun in den nicht aktiven Stand versetzt werden, weil sie während der Wahlkampagne Flugchriften zugunsten des nationalistischen Kandidaten, Generals Maillot, verbreitet hatten. Diese Flugchriften enthielten scharfe Angriffe gegen das republikanische Regime. Von nationalisistischer Seite wird die Maßregelung der beiden Offiziere lebhaft getadelt und das Bedauern darüber ausgesprochen, daß Viviani die ihm vorübergehend anvertraute Leitung des Kriegsministeriums zu einer so harten Bestrafung der beiden Leutnants benutzt habe, welche im Grunde genommen nur einen sehr leichten Fehler begangen hätten.

England.

* **Das Frauenwahlrecht im Oberhaus abgelehnt.** London, 6. Mai. (Oberhaus.) Nach zweitägiger Beratung lehnten die

Lords heute mit 140 gegen 60 Stimmen den von Selbourne eingebrachten Gesetzentwurf ab, der den Frauen das Parlamentwahlrecht geben will, welche das Kommunalwahlrecht besitzen. Zum erstenmal stand im Oberhaus das Frauenwahlrecht zur Beratung.

Spanien.

* **Ein Generalkrieg der Seeleute.** Madrid, 6. Mai. Heute ist der Generalkrieg der Kapitäne, Offiziere, Maschinisten und Heizer der Handelsflotte in Bilbao ausgebrochen, da die Kreeber weitere Unnachgiebigkeiten gezeigt haben. Die Mannschaften der Schiffe in Barcelona, Girona, San Sebastian, Gijon, Puelva und Sevilla haben sich dem Streik angeschlossen.

Rußland.

* **Ein Korruptionsprozeß gegen hohe Militärs.** Petersburg, 6. Mai. Am Donnerstag beginnt in Moskau ein militärischer Korruptionsprozeß. Angeklagt sind ein General, zwei Offiziere, zwei Beamte und ein Mann wegen Verkaufes der in dem Arsenal lagernden Munition und Waffen an Perser. Das Hauptkontingent der Angeklagten stellen die persischen Schmuggler.

* **Amiliches Verbot der Kopffläge.** Petersburg, 6. Mai. Wie gerüchtheilte verlautet, beabsichtigt das Kriegsministerium, durch eine Gesetzesbestimmung die Kopffläge und ähnliche lebensgefährliche abiatische Experimente zu verbieten.

Balkanstaaten.

* **Ein Sieg der Aufständischen in Epirus.** A. d. A. Athen, 6. Mai. Die Kämpfe im Norden, im Argitolasto, dauerten fünf Tage und endeten gestern mit dem Siege der Aufständischen von Epirus. Tzapos und mehrere andere Dörfer wurden von den Truppen der Aufständischen besetzt. Die Verluste der Albanesen waren beträchtlich. Die Kämpfe um Codra bei Tepeleni waren sehr blutig. Wie berichtet wird, sind 500 Albanesen kampfunfähig geworden. Auch die Epiroten erlitten beträchtliche Verluste. — Wien, 6. Mai. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ aus Tirana wurden die albanischen Truppen bis südlich von Korika zurückgeschlagen. In Tirana werden 10 000 Mann mobilisiert, die sofort in den Kampf ziehen sollen.

* **Serbische Truppen auf albanischem Gebiet.** Durazzo, 6. Mai. Nordwestlich von Dibra überschritten serbische Truppen die albanische Grenze und besetzten auf albanischem Gebiet den Höhenrücken mit Geschützen.

Nordafrika.

* **Ein Vorstoß der Franzosen in Marokko.** Paris, 7. Mai. Einer der französischen Befehlshaber in Marokko, General Gouraud, beabsichtigt, jetzt, nachdem er bereits einen großen Erfolg gegen die aufrührerischen Marokkaner errungen hat, einen entscheidenden Schlag gegen diese zu führen. Nach Blättermeldungen will er in den nächsten Tagen Saza im Sturm nehmen, wobei er von mehreren Kolonnen unterstützt wird, die von Norden her anrücken.

* **Tod eines deutschen Fremdenlegations in Marokko.** Paris, 6. Mai. Bei den am 1. Mai zwischen Eingeborenen und französischen Truppen stattgefundenen Gefechten hat auch ein deutscher Fremdenlegationsmann namens Böckler vom 2. Fremdenlegations-Regiment, der angeblich aus Württemberg stammen soll, den Tod gefunden.

* **Ankunft eines österreichischen Geschwaders vor Tanger.** Tanger, 6. Mai. Ein aus zwei Panzerschiffen und drei Panzerkreuzern bestehendes österreichisch-ungarisches Geschwader ist heute hier vor Anker gelassen. Für den Abend waren große Festlichkeiten zu Ehren der Gäste geplant.

* **Bu Samara ermordet?** Paris, 6. Mai. Nach einer Blättermeldung aus Rabat ist dort das Gerücht verbreitet, daß Bu Samara, der Moghi des Nordens, in einem Kampfe mit der Kolonne des Generals Freyreau verwundet und dann von den Beni Serral ermordet worden sei.

Mittelamerika.

* **Eine Entschädigung Haitis für einen englischen Bürger.** Port-au-Prince, 6. Mai. Der diplomatische Vertreter Englands überreichte der Regierung Haitis ein Ultimatum, in welchem die Zahlung einer Entschädigungssumme von 62 000 Dollar an die britischen Staatsangehörigen für die Verletzung einer Sägemühle während der Rekonstruktion gefordert wird. Die in dem Ultimatum gestellte Zahlungsfrist sollte abends 6 Uhr ablaufen. Am Nachmittag hielt der Kongress eine Sitzung ab und bewilligte sofort den verlangten Kredit, indem er die Regierung ermächtigte, mit dem englischen Vertreter in diebezügliche Verhandlungen einzutreten.

Asien.

* **Das Finanzprogramm der neuen chinesischen Regierung.** Peking, 6. Mai. Das Programm des Staatssekretärs Shidians umfasst die Verbesserung des Steuersystems und des Rechnungswesens, die Herstellung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung der Reichsschatzangelegenheiten, die Vereinfachung des Banknotensystems, die Verminderung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen aus dem Nationalvermögen. Als gesetzliche Zahlungsmittel sollen im ganzen Reich Münzen und Noten ausgegeben werden.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Zur Eingemeindungsfrage.** Auf dem hiesigen Rathhaus ging heute vormittag in der Sonnenberger Eingemeindungsangelegenheit eine Besprechung vor sich, an der Vertreter der Sonnenberger Gemeindeverwaltung und unseres Magistrats teilnahmen. Es ist dieses die einschlägige erste Besprechung, da die früher angefordigte wegen Verhinderung eines der Hauptbeteiligten hatte vertagt werden müssen.

— **Todesfall.** Gestern mittag verschied nach langem Leiden Herr Christian Weyershäuser, der frühere Kassierer bei der städtischen Schlachthausverwaltung und ehemalige Stadtkassenbeamte, im Alter von 62 Jahren. Er lebte seit 1909 im Ruhestand.

— **Der erste Kälterückfall des Mai.** Wenn man die Schwankungen der Temperatur in Deutschland seit dem Beginn des Frühlings 1914 am Gang der an den verschiedenen meteorologischen Stationen beobachteten Maxima und Minima betrachtet, so findet man bis gegen Ende März eine recht niedrige Wärme, die ja überhaupt den diesjährigen März charakterisierte; es kam sogar gegen Ende dieser letzten Periode

in mehreren Gebieten zu schwachen Nachfrösten. Am 31. März änderten sich aber die Verhältnisse, und es folgte ein sonniger Tag aus der Art geschlagener abnorm warmer und vorwiegend von schönem, vielfach sonnigem Wetter begünstigter April, dessen Temperatur nur drei kurze, wenig ausgeprägte Depressionen erlitt. Bis zum 5. April war es fast überall in Deutschland relativ warm, vom 6. bis 9. etwas kühler, vom 10. bis 14. wieder sehr warm, am 15. und 16. abermals etwas kühler, vom 17. bis 24. aber außerordentlich warm, ja in den Tagen vom 20. bis 23. kamen mehrfach Temperaturen von 23° bis 26° Celsius vor. Einem schwachen Abfall am 25. und 26. April schloß sich von neuem eine ausgeprägte Wärmeperiode bis zum 30. April an, in der gegen Ende ebenfalls Temperaturen von 25° Celsius beobachtet wurden. Die ersten drei Tage des Mai brachten jedoch einen recht heftigen Kältefall, der durch ein im Westen lagerndes umfangreiches barometrisches Hoch verursacht wurde. Bei nördlichen kalten Winden herrschte in fast ganz Deutschland kaltes, die Wärmeausstrahlung des Bodens stark begünstigendes Wetter. In vielen Gegenden, insbesondere im Osten und Westen Deutschlands, teils auch im nördlichen und mittleren Deutschland, sank die Temperatur sogar unter den Gefrierpunkt. Es mangelte daher nicht an Berichten über schwere Schädigungen der Kuckpflanzungen durch Nachfröste, so in Niederschlesien (Minimum - 3° Celsius), Thüringen, dem Rheinland usw.; auch in der Nähe von Hamburg (Großhorst) wurde Frost bis zu - 8° Celsius beobachtet. Mit dem 4. Mai setzte wiederum wärmeres Wetter ein. A. St.

Kate-Kreuz-Sammlung 1914. Der Festabend im Kurhaus am Montagabend wird eingeleitet durch einen von Herrn Julius Rosenthal verfassten Prolog in gebundener Rede. Vorgelesen wird der Prolog von Fräulein v. Bonanski. Im Vierakt wird von 9 Uhr ab eine von Damen des Spangenbergischen Konseratoriums gebildete „Kate-Kreuzkapelle“ konzertieren. Die Damen werden in entsprechenden Kostümen auftreten. Jedenfalls wird durch das Auftreten dieser Kapelle etwas ganz Eigenartiges geboten, das seinen Reiz nicht verfehlen dürfte.

Chorleiterer W. H. Weis von hier, der bekannte und geschätzte Konzertleiter und Dirigent, sah sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt, die Leitung des „Männergesangsvereins“, die ihm lange Zeit hindurch mit bestem Erfolg anvertraut war, niederzulegen. Aus demselben Grunde hat Herr Weis bekanntlich feierlich auch den „Hochster Männergesangsverein“ aufgeben müssen, dem er 18 Jahre hindurch ebenfalls erfolgreich als Leiter vorgesandten hat.

Kaiser-Friedrich-Bad. Eine Lohnreduktion von 50 Pf. täglich soll vom 17. Mai ab für die Bediensteten des städtischen Kaiser-Friedrich-Bades eintreten. Bisher hatten die Bediensteten von den Badegästen ein Bedienungsgeld einzufordern und an die Badeverwaltung abzuliefern. Das kommt nun in Wegfall.

Modeschau und Kinderhorte. Der „Verein der Kinderhorte“ schreibt uns, daß er auf den ihm zugesagten Vertrag, aus der in dem „Palasthotel“ veranstalteten Modeschau vergütet zu werden, und fügt hinzu: „Der Verein nahm feierlich den ihm von der Direktion des „Palasthotels“ anbotenen Vertrag an, wußte jedoch nicht, daß es sich um eine Modeschau einer ausländischen resp. auswärtigen Firma handelte. Wenn dem Verein diese Tatsache bekannt gewesen wäre, hätte er von vornherein die ihm zugesagte Unterstützung aus prinzipiellen Gründen abgelehnt.“

Zum Autokverkehr Wiesbaden-Frankfurt. Mit einem Prozeß von grundlegender Bedeutung werden sich demnächst die Verwaltungsgerichte zu befassen haben. In dem benachbarten Edenheim, welches bekanntlich den ganzen zwischen Frankfurt und Wiesbaden bestehenden Automobilverkehr aufzunehmen hat, besteht diesbezüglich nicht gerade Musterzustände. Der Ort ist ziemlich eng gebaut, und es muß wundernehmen, daß die Zahl der dort vorkommenden Unglücksfälle keine ungleich höhere ist. Um dieser Gefahr zu steuern, verlangt der Regierungspräsident, daß die Gemeinde eine besondere Automobilstraße bauen, die Gemeinde aber weigert sich mit Rücksicht auf die Höhe der ihr dazugehörigen Aufgebühren Kosten von einem Voranschlag gemäß 300 000 M., dem Ansuchen zu willfahren, und der Regierungspräsident hat darauf eine Zwangsverpflichtung in dieser Höhe angeordnet, gegen welche sich eine von der Gemeinde angeordnete Klage richtet. Von dem Ausgang dieses Prozesses wird es abhängig sein, ob anderen Gemeinden des diesseitigen Bezirks, bei denen die Verhältnisse ganz ähnlich liegen, dieselbe Auflage gemacht werden wird.

In dem schweren Unfall, den wir gestern meldeten, ist noch nachzutragen, daß die verletzten Soldaten der 6. Batterie des 27. Infanterie-Regiments die Infanterieregimentär Hartmann, Wirsinger, Schmidt 1. und Herx sind. Sie waren der Proviantkammer zugeordnet und saßen auf dem Wagen, von dem sie durch den gewaltigen Anprall beim Nehmen eines Munitionskisten herabgeschleudert worden sind. Einer der Verletzten sollte — wie es hieß — gestorben sein, das hat sich aber bis jetzt nicht bewahrheitet.

Alte Reigen. Das nächste Kurhaus-Gartenfest mit Feuerwerk findet nächsten Samstag statt. — Der gestern hier einsetzende Markt des Kaisers führt 5 Weide mit sich. Außerdem stehen zwei Autos zur Verfügung des Kaisers. — Auch in diesem Jahre gelangt in den Kaiserlichen das Gesandtschafts-Wiesbadener Hofen-Prone der Wiesbadener Kronen-Brauerei „A. G.“ zum Verkauf. — In der Reichshof-Prozesssache hat Dr. Slawits wider das Straßengericht durch welches der Verletzte Stoll von der Klage der Verletzung freigesprochen worden ist, die Revision angemeldet.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Kurhaus-Theater. Als Neuheit gelangt am Samstag zum erstenmal „Als ich noch im Märchenlande“ ein fröhliches Spiel von Albert Neum und Martin Kreise zur Aufführung. Das Stück ist bereits von 25 ersten Bühnen erworben worden. Es schildert das Treiben von einem Duden in der Wälder in einem Pensionat. Das lustige Werk wird Sonntagabend wiederholt.

Kurhaus. Der Gartenverkauf zu der morgen um 5 Uhr stattfindet und 5½ Uhr abends im großen Saal des Kurhauses stattfindenden Bilder „Martha“ von Klotz hat lebhaft einen Erfolg.

Kurtheater. Morgen findet die Premiere der neuesten Verleite von Franz Rehar: „Die ideale Gattin“, statt, die bei der Aufführung in Wien einen durchschlagenden Erfolg erlangt. Am Freitag wird die Teilpartie folgen.

Das Wiesbadener Konseratorium für Musik (Direktor: H. Schell) veranstaltet morgen abends 7 Uhr im Saal des Konseratoriums, Rheinstraße 64, die 30. Aufführung mit Chor und Orchester (121. Fortnachtsabend). Das Programm enthält neben Chor- und Orchesterwerken Soli für Klavier, Cello, Violine sowie Lieber für Bariton.

Wiesbadener Künstler auswärts. Für ein Wohltätigkeitsfest zum Behen des katholischen Vereins der St. Clemenskirche in Berlin hatte sich Ludwig Feldt aus Wiesbaden

zur Verfügung gestellt. Sie erzielte mit dem Vortrag eines Liedes von Grien, der Arie aus „Figaros Hochzeit“, „Endlich nach der Stunde“, der Arie „Du freundliches Gefährte“ aus der „Africana“ usw. stürmischen Beifall.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

W. Schierstein, 7. Mai. Der Fischereiverein für den Regierungsbezirk Wiesbaden ließ gestern hier 20 000 Stüd Aalbrut und 25 000 Stüd Hechtbrut in den Rhein einsetzen. Die Aalbrut wurde geliefert von dem Beauftragten des Deutschen Fischereivereins Hamburg, die Hechtbrut von dem Zentralfischereiverein für Schleswig-Holstein.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Von der Cronberger Bahn.

5. Cronberg, 7. Mai. Mit den Reparaturen und Verbesserungen an der Cronberger Bahn wird in allernächster Zeit begonnen werden. Die Umgestaltung des Bahnhofes Cronberg, der betrieblich in etwas verfallenem Zustand ist, wird den Anfang der geplanten Arbeiten bilden. An zweiter Stelle wird die Anlage eines etwa 2 Kilometer langen Überholungsgeleises erfolgen, das es ermöglicht, die Zugzahl auf der Strecke zu vermehren, ohne mit dem Ausweichen Schwierigkeiten zu bekommen. Dieses Überholungsgeleise wird allmählich zu einem zweiten Geleise ausgebaut. Mit dem Umbau der Geleiseanlagen im Bahnhof Riedelheim wird ebenfalls in absehbarer Zeit begonnen, da er mit der direkten Einführung der Cronberger Geleise in den Hauptbahnhof bis zu einem gewissen Grad zusammenhängt. Wagen für die Cronberger Strecke sind in beliebiger Zahl zur Verfügung und werden je nach Bedarf bei der Zugbildung verwendet.

6. Oberlahnstein, 6. Mai. Der praktische Arzt Dr. Eduard Schnell starb hier im Alter von 53 Jahren. Er war seit 20 Jahren Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung und seit 18 Jahren deren Vorsteher. Ferner gehörte der nun Verstorbene der Ärztekammer für Hessen-Nassau an und war Vorsitzender der Kassenärzte-Vertragskommission für den Kreis St. Goarshausen.

6. Cronberg, 6. Mai. Die Bürgermeister der Gemeinden, welche an dem Bau einer elektrischen Bahn von Frankfurt über Niederursel und Cronberg nach Dillenburg interessiert sind, einigen sich gelegentlich einer Besprechung über die geplante Linienführung und sonstige wichtigen Punkte, so daß an dem Zustandekommen des Plans wohl nicht mehr zu zweifeln ist.

6. Dillenburg, 6. Mai. In der Nähe des Dorfes Allendorf verunglückte heute vormittag ein Probewagen der Frankfurter Adlerwerke. Aus noch unbekannter Ursache fuhr das Automobil gegen eine Telegraphenstange, rannte diese um und wurde schwer beschädigt. Der Führer des Wagens, ein in den 30er Jahren stehender Chauffeur namens W. aus Frankfurt, wurde herausgeschleudert und schwer verletzt. Er erlitt neben sonstigen Verletzungen einen komplizierten Oberschenkelbruch und wurde nach dem hierigen städtischen Krankenhaus überführt. — Der schon seit Jahren stehende Prozeß zwischen der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde und dem Fiskus scheint nunmehr endgültig zum Untergang gekommen zu sein. Nach einer hier eingegangenen ministeriellen Entscheidung hält sich der Fiskus nicht für verpflichtet, die Kosten für die Heizungsanlage in der evangelischen Kirche zu tragen, da dessen (des Fiskus) Unterhaltungsbedürfnis der Kirche die Eigentum der Gemeinde sei, sich nur auf bestehende, nicht aber auf Neuanlagen erstreckt. Die Kosten der Heizungsanlage belaufen sich auf etwa 18 000 M., die jetzt wohl von der Kirchengemeinde aufzubringen sind. Es soll aber nochmals auf anderem Wege versucht werden, dem Fiskus die Rückerstattung der Kosten für die Heizungsanlage zu erwirken.

6. Dillenburg, 6. Mai. Die Stadtverordneten genehmigten für die Straße am Feldbuckertwäldchen die Bezeichnung „Tiergartenstraße“. Die gewerbliche und die Mädchenfortbildungsschule erhalten in dem Schulverweiterungsbau eigene Schulräume; für diese soll eine Anrechnung für Bedienung durch den Schuldiener nicht erfolgen in der Hoffnung, daß es durch diese Ersparnis für den Schuletat möglich ist, die Vorschule für Reichen der Volksschulknaben finanziell zu halten. Auch die an das Seminar angegliederte Präparandenanstalt erhält in dem städtischen Schulverweiterungsbau eigene Räume, für welche eine Jahresmiete von 800 M. zu zahlen ist. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, als ersten Assistenten und späteren Nachfolger des erkrankten Chefarztes des städtischen Krankenhauses, des Sanitätsrats Dr. W. Kuhl, den bisherigen Assistenten am städtischen Krankenhaus in Köln, Dr. Gabel aus Siegen, anzustellen. — Der Wehrbeitrag des Distriktes beträgt 389 880 M., von welcher Summe die Hälfte auf die Stadt Dillenburg entfällt. — Die Prognostik der verflochtenen Woche haben in unserer Gegend, wie sich das jetzt immer mehr feststellen läßt, ungeheuren Schaden getan. Die Apfelreife ist fast ganz vernichtet. Es sind nicht nur die offenen, sondern auch die in der Knospe noch geschlossenen Blüten vernichtet, da Staubgefäße und Griffel erfroren sind. Selbst im Wald stehen Eichen und Buchen geschwächt da. — Der Vorsteher des hiesigen Hochbauamts Regierungsbaumeister Mahlberg ist mit 1. Juli d. J. nach Nachen versetzt.

Regierungsbezirk Kassel.

6. Kassel, 6. Mai. Nach seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter wurde der Arbeiter Jakob Dängel aus Derfeld wegen bringenden Verdachts des Mordes verhaftet. Er drang, wie feierlich berichtet wurde, am Abend des 25. Januar in das Haus des Ehepaars Roth ein und verletzete das Ehepaar durch Messerstiche schwer. Während der Mann mit dem Leben davonkam, ist die Frau auf dem Transport zum Krankenhaus gestorben. Dann hat sich der Mörder vor den Verbraucher Personenzug geworfen, wobei ihm das rechte Bein abgefahren wurde. Mit der erkrankten Frau hatte Dängel früher einmal ein Liebesverhältnis gehabt. Nach 4 Monaten Krankenhausbehandlung ist Dängel so weit wiederhergestellt worden, daß die Voruntersuchung gegen ihn ihren Anfang nehmen kann.

6. Marburg, 6. Mai. Während eines Frühlingsgewitters zog heute ein schweres Hagelwetter über das Lahnthal.

Nachbarstaaten u. Provinzen.

Schweres Autounglück.

rmk. Darmstadt, 7. Mai. Ein schwerer Autounfall, der leider ein Menschenleben kostete, ereignete sich gestern abend auf der Landstraße zwischen Seeheim und Oberstadt. Das von Mannheim kommende Automobil des Fabrikanten Ludwig geriet bei der Begegnung mit einem ländlichen Fuhrwerk, das unversehrt mit einem Au-

hängewagen die Straße kreuzte, in den Chauffeegraben und überschlug sich. Dabei erlitt der 36 Jahre alte Besitzer derartig schwere Verletzungen, daß er sofort tot war. Der Chauffeur Martin erlitt einen Beinbruch und sonstige erhebliche Verletzungen.

6. Darmstadt, 6. Mai. Nach dem Gottesdienst in der russischen Kapelle anlässlich des Namensfestes der Kaiserin fand beim russischen Residenten Herrn van der Miel ein Diner statt, dem der Großherzog in der Uniform seines russischen Gussaren-Regiments, die Großherzogin sowie der hiesige Staatsminister Dr. v. Ewald, der preussische Gesandte Freiherr v. d. Barden-Bakenh mit ihren Damen, ferner der russische Generalkonsul und der Botschaftssekretär aus Frankfurt a. M., ferner der Erzprieester Protodjopoff aus Wiesbaden und mehrere Herren der russischen Kolonie beizuhöhen.

6. Speyer, 6. Mai. Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß ein Soldat eines Germersheimer Regiments, der in Speyer ein Kind vom Tod des Ertrinkens gerettet hat, auf Grund der hierbei gepflogenen Ermittlungen wegen Urteilsverweigerung mit 3 Tagen Arrest bestraft worden sei. Die von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist diese Nachricht nicht zutreffend; vielmehr erhielt der Soldat außer einer Belohnung für sein mutvolles Verhalten auch eine Geldbelohnung von 20 M. von seinem Regiment. Die gleiche Belohnung wurde dem Soldaten für die mutige Lebensrettung auch von der Stadtverwaltung Speyer bewilligt.

Gerichtssaal.

Ein Spionageprozeß.

Wie es die französischen Spionageagenten treiben.

wb. Metz, 7. Mai. Das Kriegsgericht der 84. Division verhandelte heute in öffentlicher Sitzung gegen den Russen Stoffer vom hiesigen Königs-Infanterie-Regiment Nr. 145 wegen versuchter Spionage und verurteilte den Angeklagten unter Jubilation mildernder Umstände wegen Verabredung zur Spionage und Fahnenflucht im ersten Rückfall zu 3 Jahren Gefängnis und erneuter Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Aus der Verhandlung, die ein helles Licht verbreitete über den Betrieb der französischen Spionage, ging hervor, daß Stoffer nach Frankreich desertiert war und in einem Grenzort, wo er sich aufhielt, von einem als Vertrauensmann mitwirkenden Schlossermeister mit dem Spionagekommissar in Konstanz zusammengebracht wurde und von diesem gegen das Versprechen von 5000 Franken Belohnung den Auftrag erhielt, sich nach Metz zurückzugeben, um dort ein deutsches Maschinengewehr oder wenigstens Teile davon zu stehlen und dem französischen Spionagebureau auszuliefern. Der Spionagekommissar gab Stoffer zu diesem Zweck ein besonderes Instrument mit, das ihm bei der Tat beihilflich sein sollte, und außerdem 20 Franken bar. Stoffer war auch gewillt, den Auftrag auszuführen, und begab sich nach seiner Ankunft in Metz nach Montigny, um in den dortigen Maschinengewehrtruppen einzubringen. Dabei überfiel ihn aber die Angst, da er sich die Sache leichter vorgestellt hatte, und er ließ augenblicklich von dem Vorhaben ab. Da ihm mittlerweile die Geldmittel ausgegangen waren, wandte er sich unter der Deckadresse eines Dienstmanns in einem Brief an den französischen Spionagekommissar und bat ihn um eine Geldsendung an die Deckadresse. Der Dienstmann schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Polizei, der gegenüber der Täter nach einigem Leugnen ein umfassendes Geständnis ablegte. Der Kriminalkommissar, der die Festnahme besorgte, äußerte sich als Zeuge über das Verfahren der französischen Spionageagenten und erklärte dabei, diese Fälle seien ihm nichts Neues. Derartige Fälle kämen sehr häufig vor, und es geschähe sogar, daß die Agenten den Leuten lebensgefährliche oder gesundheitsgefährliche Werkzeuge zur Ausführung ihrer Aufträge mitgaben.

wb. Internationale Taschendiebstahl. Frankfurt, 6. Mai. Vor der Strafkammer standen heute fünf internationale Taschendiebe, die im Oktober v. J. in Frankfurt festgenommen wurden, nachdem sie jahrelang in den Hauptstädten Europas ihr Gewerbe ausübten. Ihre Spezialität bestand in der Verführung von Personen, die auf einer Bank größere Beträge empfangen hatten. Die Angeklagten inszenierten dann auf der Straße ein Gedränge, wobei sie die betreffende Person, auf die sie es abgesehen hatten, bestohlen. So entwendeten sie am 29. Oktober 1913 einem Bankbeamten beim Aufsteigen aus der Straßenbahn die Brieftasche mit 1200 M. Die Angeklagten sind der 45 Jahre alte angehende Kaufmann Matteo Roseng aus Bordeaux, der in Italien der Polizei als Anarchist bekannt ist, der 42jährige Daudonnet aus Brüssel, der in Frankreich bereits 12 Jahre Gefängnis verbüßt hat und dann bei seiner Deportation nach Gabenne entlassen war, der Pferdehändler Casson aus Reims, der Mechaniker Perio aus Rizza und der Kaufmann Etcheboha aus Paris. Alle fünf Angeklagten wurden zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

wb. Abreß gegen v. Harber. Mannheim, 6. Mai. Vor der ersten Zivilkammer des Landgerichts fand heute die Verhandlung in der Zivilklage Abreß gegen v. Harber statt, nach der Rechtsanwalt v. Harber zur Zahlung einer Summe von 18 000 M. mehr Zinsen an das Bankkonto „Puerto Blanco“ bei der Dresdener Bank gezwungen werden soll. Der Angeklagte v. Harber ließ zunächst geltend machen, daß er keine Gründe für die Verletzung der Forderungsberechtigung angeben wolle, weil dadurch Abreß wichtige Fingerzeige für sein Verhalten in dem gegen ihn schwelenden Strafverfahren erhalten würde. Von Seiten des Beklagten wurde deshalb Aussetzung der Verhandlung bis zur Erledigung des Strafverfahrens beantragt, dem jedoch die Vertreter des Klägers widersprachen. Das Gericht lehnte die Aussetzung des Verfahrens ab. Der Beschluß über das Ergebnis der heutigen Verhandlung wird am 12. Mai verkündet werden.

wb. Der verbrannte „Bär“. Mendon, 6. Mai. Zwei Arbeiter hatten auf einem Rasenball eine Bärenfüßerguppe dargestellt. Der eine, der als Bär tanzte, war vom Kopf bis zu den Füßen mit Stroh umwickelt. In vorhergehender Stunde verfiel der Wärendrucker auf die tödliche Idee, das Stroh, in dem sein Freund steckte, anzuzünden. Dieser erlitt so schwere Verbrennungen, daß er bald nachher unter großen Schmerzen starb. Der Anführer des verhängnisvollen Scherzes wurde jetzt zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

ht. Verurteilung eines schwedischen Pfarrers zum Tod. Malmö, 7. Mai. Der frühere Pfarrer Karl Otto Nyström wurde heute vom Schwurgericht in Vornholm zum Tode verur-

Eröffnung der Verhandlung: 10 bis 1 Uhr; in der politischen Eröffnung
von 10 bis 11 Uhr.

